

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1950**

3 (18.1.1950)



Wer sitzt in Bonn und gibt dem Staat die heutige Gestalt? Die heutige Gestalt? Nun, wissen Sie's der Bundesrat Und erstens die Verwaltung! (Draht nach dem 'Koblenzener')

Wissen Sie's, nehmen wir die eben erschienenen ersten Nummer des Mitteilungsorgans des Bundes der Arbeitgeber 'Der Wirtschaftler', das jetzt in Stuttgart herauskommt. Wie werden die Arbeiten dieses Bundes tatsächlich verlaufen, denn wir haben schon viele gemeinsame Forderungen und Ziele entwickelt.

## Unser unfreier Außenhandel

Deutschland als Objekt im Machtkampf zwischen Sterlingblock und Westeuropas. Die 'Dollarkrise' muß fallen — 'Liberalisierung' darf nicht zum geschäftshindernden Dogma werden.

Kontinuum im Sommer 1950 soll die Marshallpläne nach dem bisherigen Programm auslaufen. Aber in den USA gewinnen die Gegner dieser großzügigen Rettungsaktion für die Wirtschaft, je für die Völker der 17 europäischen Teilnehmerstaaten ausstehend an Boden, da der für eine mögliche Gesunderung erforderliche Zusammenschluß der westeuropäischen Wirtschaften nicht vorwärts geht, sondern nicht einmal zurück. Über diese Wirtschaften herrscht ein über alles hinausgehender Wille zur Zusammenarbeit festzustellen ist. Schon heute muß die Kürzung der Marshallpläne für das Rechnungsjahr 1950/51 um 1 Milliarde Dollar als Tatsache in Rechnung gestellt werden. Wenn sich die Empfängerländer nicht zu Taten aufraffen, müssen sie damit rechnen, daß weder der amerikanische Markt, noch der Exportmarkt ausgebaut werden können. Die Gefahr des wirtschaftlichen Scheiterns in ein Fall ohne Boden zu schreiten. In den noch vor uns liegenden Jahren der Laufzeit des Plans werden dann mindestens noch erhebliche weitere Kürzungen folgen, wenn nicht dem Plan sogar ein vorläufiges Ende bereitet und Europa seinem Schicksal überlassen wird. Und schon in diesem Jahr werden wir wieder einen verheerenden Kampf um den Verteilungsschlüssel erleben. Nach den bisherigen Erfahrungen müssen wir damit rechnen, daß versucht werden wird, die westdeutsche Bundesrepublik in seiner Linie zum leidtragenden Teil zu machen. Trotz der immer wieder mit Beschlüssen verkündeten 'Liberalisierung der Außenhandelspolitik', die sich, wie wir in mehreren Aufsätzen in den letzten Nummern der Wirtschaftsrevue nachgewiesen haben, bisher lediglich dahin ausgewirkt hat, daß man von uns Vorleistungen gebort und erlangt hat, treibt die Mehrheit der Teilnehmerstaaten nach wie vor eine autonome Wirtschaftspolitik. Sie lassen sich dabei von der Tatsache leiten, daß sie ein wenig weniger Länder mit sogenannten 'weichen Währungen' sind, abgesehen von Einführen aus dem Dollarraum. Und doch: Was läge näher denn dem vernünftigen Tagesverstand nachzugehen, eine Lösung auf lange Sicht anzustreben und zu erkennen, daß die unelastische Schicksalsgemeinschaft Westeuropas von wirtschaftlichen Zusammenhängen fordert, was läge näher, als den nur zu berechtigten Meinungen des starken und bisher so großzügigen Helfers von der anderen Seite des Atlantik zu folgen und sich dessen Erkenntnis zu eignen zu machen, daß Deutschland in der gesamten westeuropäischen Wirtschaft einen Eckpfeiler bildet. Hier ist es nicht, so muß das ganze Gebilde zusammenhalten.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, im Zeitalter der Postkauf und der noch in den Anfängen stehenden Erschließung des Schienenverkehrswege, gelang es dem Genie des großen Wirtschaftspolitikers, des Württembergers List, und des preussischen Finanzministers v. Moltke mit seinem treuen Helfer Massen sich gegenüber dem Widerstand der rückwärtsstrebenden Partikularien in unserem, damals in eine Unzahl von Kleinststaaten zerfallenden Vaterland durchzusetzen und durch die Gründung des Deutschen Zollvereins der wirtschaftlichen Freiheit eine Glorie zu bahnen, die nur überaus wirtschaftsfeindliche Mächte. Auch damals glaubten viele 'Staatsmänner' in den deutschen Kleinststaaten nicht, hierfür den Preis der Aufgabe 'unabhängiger Souveränitätsrechte zahlen zu können! Die Verkettung hat ihren Egoismus Liegen gestraft! Jetzt, nach 115 Jahren, im Zeitalter des Flugzeuges, liegen die Dinge wieder auf einer weit schwierigeren Verhältnisse, für unser vaterländisches in klein zersplitterte Westeuropas nicht anders! Aber von diesem die Männer

## Konkurrenzkampf wird stärker

Preissenkungen werden fortgesetzt - Auftragseingänge nehmen teilweise noch zu Textilindustrie klagt über Ostzonen-Dumping - D-Mark weiter gestiegen - Soziale Einigung

Von außerhalb waren die Nachrichten in den letzten Tagen nicht übermäßig ermutigend. England sträubt sich dagegen, daß Deutschland dem internationalen Wettbewerben beiträgt, weil dadurch Deutschland in der Lage sei, aus Australien Weizen zu beziehen, aus dem England allein, ohne Dollars bezahlen zu müssen, Weizen importieren könne. Die USA dagegen legen großen Wert darauf, daß Deutschland dem Weizenkonkurrenz beiträgt. Die Meldung, die Staatsregierung habe die Absicht, die Saargruben auf 50 Jahre an Frankreich zu verpachten, hat in Deutschland Protest hervorgerufen. Der von Bundeskanzler Adenauer formuliert wurde. Die Reise der französischen Außenministerin bewegte sich in der politischen Ebene, liegt also außerhalb unserer Kompetenz, aber, was wir immerhin feststellen dürfen, es gab keine Anregung für die deutschen Börsen. Auch nicht eine Mitteilung, daß der deutsch-französische Handelsvertrag am Mittwoch paraphiert werde und einen Warenkauf von 300 Mill. DM bringe. Höchstens eine Anregung, daß die deutsche Devisenpolitik, die gegen Ende voriger Woche die Börsen in Deutschland ziemlich schwach waren, Schuman brachte das Wort, die deutschen und die französischen Politiker müßten die Nerven heilen. Die deutschen Börsenleute haben es behalten und weder mit einer Erhöhung noch mit einer Senkung der Kurse reagiert. Es bleibt eben alles beim Alten.

Radischleppers um 15% herab. Continental demonstrierte zwar eine allgemeine Preissenkung, erklärte aber, daß die Preise für Kraftfahrzeugreifen und -reifen für Lastkraftwagen herabgesetzt würden. Das allgemeine Dementi ist insofern nicht zu verstehen, als auf der gerade stattfindenden Generalversammlung der Firma erklärt wurde, daß die günstige Ertragslage im Jahr 1949 angedauert habe und die Verwaltung hoffe, zu einer weiteren Vorgebilligung der Erzeugnisse zu gelangen. Immerhin wurde auf dieser Generalversammlung ebenfalls festgestellt, daß die Verkäufe von Fahrrädern seit dem Spätherbst 1949 rasche abgenommen habe, was durch eine entsprechende Kürzung der Arbeitszeit im Werk Korbach voraussichtlich ausgeglichen werden könne. Viel ernste Nachrichten kommen aus Um; das dortige Werk der Telefonen plant Massenentlassungen. Dies ist allerdings weniger auf den Rückgang des Absatzes, als auf die Absicht zurückzuführen, die Produktion der Radierreifen wieder ganz nach Berlin zu verlegen. Innerhalb fast Minister Storch die Lage richtig erklärt, wenn er erklärt, daß die erörterten Massenentlassungen einen Präzedenzfall darstellen, es könnten diese nämlich auch für andere Betriebe bedeutsam werden, die während der Blockade Berlins in die Bundesrepublik verlagert worden sind.

Die Tendenz zu Preissenkungen setzt sich weiter fort. Borgward ermäßigte die Preise für seine Nutzfahrzeuge, das Goldsch-Werk, Bremen, setzte die Preise bei verbesserter Ausführung um 4-5% herunter. Hanomag parierte ebenfalls mit technischer Verbesserung, den Preis seiner Dieselmotoren um 10% herab.

Arbeitslosigkeit wird durch das Bauprogramm gemildert werden. Bundesminister Storch, da wir gerade bei ihm sind, hat Ende voriger Woche folgende Rede gehalten:

## Ein Appell an das Ausland! Gebt die deutschen Firmenmarken zurück!

Viel zu wenig wird ein gewisses Hindernis für den deutschen Export beachtet, der in der Hochkonjunktur deutscher Firmenmarken im Ausland liegt. In der sogenannten Liberalisierung wurden von uns drei einmal erhebliche Vorleistungen erbracht, und wir müßten werden für deutsche Waren die Handelsbarrieren abgebaut, nicht ohne durch mindestens neue kleine Schranken ersetzt zu werden. An die wichtigste Vorleistung, die das Ausland machen müßte nicht nur um des Rechts willen, sondern auch zu seinem eigenen Schutz denkt man nicht: die Rückgabe von Waren- und Firmenmarken an die ursprünglichen deutschen Besitzer.

## Steuern ungesteuert

Der Bundesfinanzminister hat gesprochen. Er hat mit dem Satz: 'Wir wollen die Eak so stark, daß bereits Blut kommt' das ausgesprochen, was die deutsche Presse, in diesem Falle so gut wie einmütig, immer wieder erklärt hat. Er hat weiter den wichtigen Satz geprägt: 'Die mittleren und höheren Einkommen sollen so privilegiert werden, daß dem Steuererlöse ein Verbleib, das ihnen aus volkswirtschaftlichen Gründen zur Erhaltung der Produktivkraft der Wirtschaft verbleiben muß.' Das ist nicht genug, werden wir noch sehen.

Wohl sind von der Internationalen Handelskammer im vorigen Jahr Vorleistungen gemacht worden — als Empfehlung an die Regierungen —, die im allgemeinen darauf hinauslaufen: eine einheitliche Regelung der den Deutschen gebührenden und außerhalb Deutschlands hinterlegten Marken schütz zu ermöglichen und es wird empfohlen, den deutschen Inhabern die Fabrikmarken zurückzugeben, die außerhalb Deutschlands bestanden und nicht notwendig bekannt sind. Schon an der zuletzt genannten Einschränkung ist zu erkennen, daß die I.H.K. den Sinn der ganzen Angelegenheit nicht voll verstanden hat. Zwei entscheidende Gesichtspunkte fehlen und ihre Berücksichtigung würden für eine volle Rückübertragung sprechen: 1. die Rechtslage und 2. der Schutz der ausländischen Käufer. Zu 1: die Marke ist kein gewöhnlicher Vermögensgegenstand oder eine Forderung. Die Rechtslage ist kompliziert, ist deshalb nicht in den Ländern zu verorten, die die freie Übertragbarkeit der Marke zulassen, weil nämlich dort die Herkunft- und Garantiefunktion der Marke in den Sinne anerkannt wird, daß eine Übertragung der Marke zu einer Irreführung des Publikums führen darf. Damit sind wir schon bei 2: Gerade das notwendig bekannte Marken müssen den Deutschen zurückgegeben werden, damit der ausländische Kunde nicht getäuscht wird, wie es heute bereits in vielen Fällen geschieht. Für das ausländische kaufende Publikum ist und bleibt das Warenzeichen ein Kennzeichen für die Herkunft der Ware aus einem bestimmten Betrieb. Heute werden in der ganzen Welt unter notorisch bekannten deutschen Marken Waren verkauft, die unter — teilweise weit unter — der deutschen Qualität liegen. Das ist nicht nur ein Schaden für Deutschland, sondern auch ein Schaden für den ausländischen Käufer (der wäre nicht so zögerlich, würde man im Ausland kaufen), sondern es wird eine Erwartung enttäuscht, ein Vertrauen wird mißbraucht. Das ist viel schlimmer, als die Marken zurückzugeben, die man gern behalten will. Überhaupt ist zwischen den Zeiten der noch ganz vernünftig gehaltenen Empfehlung der I.H.K. deutlich zu sehen, daß man Deutschland eben die wertvollsten Marken nicht gern zurückgeben möchte.

Ein paar Vergleichszahlen, die der Minister nannte, wollen wir hier, ganz anders zusammengefaßt, noch einmal an uns vorüberziehen lassen:

1. Die Gesamtzahl der Sozialleistungen im Jahre 1949/50 von 7,8 auf 8,1 Milliarden DM gestiegen.
2. Die Steuerlast hat sich immer mehr auf die verbleibende Einkommen- und Körperschaftsteuer vermindert, so daß der Anteil heute 64% gegenüber 72% im Jahre 1933/34 beträgt.
3. Die Einkommen bis zu 1000 DM jährlich sind nur mit 3,1% und damit wesentlich geringer als in den Jahren 1936 bis 1939 belastet ( sogar etwas geringer als heute im Labour-Party-England).
4. Im Jahre 1933 betragen die Steuer- und Soziallasten 11% des Volkseinkommens, heute 43%; die steuerliche und soziale Belastung des Deutschen hat sich gegenüber 1933 auf fast das Neunfache und sogar gegenüber den Zeiten der Aufrüstung im Dritten Reich mehr als verdoppelt.

Die absoluten Zahlen sagen demgegenüber nicht sehr viel. Worum es uns hier geht, sind grundsätzliche Fragen. Fragt nach dem Moltke, aus dem eine Änderung der Steuerbelastung vorgenommen werden soll. Zunächst das Politikum: Welche Belastung soll der Bund tragen und welche verbleiben den Ländern? Es ist in diesen Tagen sogar von einem Land der Vorschlag gemacht worden, der Bund müsse alle Besteuerungen übernehmen, da er ja auch rechtlich für alle Kriegsschäden und deren Folgen als Quasi-Rechtsnachfolger des Reiches aufzukommen habe. Mit diesem Vorschlag sich erhaltend zu beschäftigen, halten wir nicht für nützlich. Wir möchten den Vorschlag nur, weil immer wieder von Ministern erklärt, die gesetzlich vorgeschrieben werden soll. Einmalig die Umstellung in der Finanzpolitik notwendig sei. Damit meint er aber nicht solche Umstellungen, sondern Änderungsversuche, die sich aus dem, in diesem Aufsatz in vier Punkte zusammengefaßten Ergebnisse der bisherigen Steuerbelastung ergeben. Stellen wir zunächst einmal fest, daß nicht einmal die Hälfte davon, was an Steuern tatsächlich abkommt, direkt für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ausgegeben werden kann, wobei allerdings sehr einschneidende Bemessungen notwendig sind. Die Soziallasten sind staatliche Lasten, müssen also gezahlt werden, und von den entsprechenden Besteuerungen bleibt ein großer Teil innerhalb des deutschen Wirtschaftsbereiches, das gilt sowohl für die Ausgaben der Bestimmungsberechtigten, die sich als Einkommen bei Deutschen niederschlagen, als auch von In-

Was aber die Interessen in den einzelnen Marshallplänen und vor allem die Konkurrenz der deutschen Außenhandelskaufleute in mehr als einem der 'Siegerländer' — vielleicht gar nicht aus bösem Willen, sondern lediglich von Blickpunkt ihrer persönlichen Gesichtspunkte aus — unter unheimlicher und diskriminierender Politik und Praxis noch heute verstehen, wie sie immer, wenn die deutsche Wirtschaft den Versuch macht, der primären Forderung der hohen Kommissare gerecht zu werden, sind in das Geirische streiten, davon können die deutschen Vertreter bei den verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen, aber auch jeder deutsche Außenhandelskaufmann zu Lied singen! Und dies wird so lange nicht anders werden, bis man in den deutschen Geschäftspartnern nicht mehr den Feind von gestern, sondern den Verbündeten im Kampf um die europäischen Weltmärkte sieht. Es ist sehr es notwendig, der deutschen Wirtschaft im Dollarraum Absatzmärkte zu erschließen, so wenig Deutschland den wirtschaftlichen Markt einbüßen kann, so wichtig seine afrikanischen Handelsinteressen sind, damit wir die für uns unentbehrlichen Kreuznisse z. B. den kanadischen und amerikanischen Weizen, die Öle und NE-Metalle wirklich beziehen können und nicht auf die Marshallhilfe angewiesen bleiben, an einer Tausch führt kein Weg vorbei. Ein Hauptabsatzgebiet für deutsche Waren liegt der durch die weitgehende Abschneidung Osteuropas, je sogar des russischen, aber von diesem die Männer

Wer sitzt in Bonn und gibt dem Staat die heutige Gestalt? Die heutige Gestalt? Nun, wissen Sie's der Bundesrat Und erstens die Verwaltung! (Draht nach dem 'Koblenzener')

weitere, also im wesentlichen Bauteile, die für die Herstellung erforderlich sind (Hölzer können man natürlich nicht mitnehmen, wenn man das Land einmal verläßt). Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Baukosten eines Konjunkturstilllegungsprojekts im Vergleich mit den üblichen, heute in den meisten Ländern, früher auch bei uns, das ändert nicht daran, daß die Belastung erhöht ist und wesentlich höher als die Normalbelastung ist.

Wenden wir uns nun der Frage zu, ob wir es gleich auch hier haben wie die Belastung für die Baukosten, so hat die Bundesregierung einsehen können, daß die Bundesfinanzminister nicht ein einziges Mal eine „gerade“ Gehalts- von Einschränkungen in der Bundesverwaltung ist nicht zu hören. Das heißt nur aber ganz etwas gehört. Das Beamtengehalt muß verringert werden. Das ist die erste und wichtigste Forderung. Die zweite Forderung wäre eine grundsätzliche Debatte im Bundestag über die Aufgaben des Staates. Das ist ebenfalls notwendig. Man kann durch verschiedene Maßnahmen darüber sein, ob der Staat oder die private Wirtschaft Wohnungen bauen soll. Wir sind der kategorischen Meinung, daß die private Wirtschaft billiger baut und wir wissen, daß mehr Kapital zum Wohnungsbau zur Verfügung stünde, als der im Etat vorgesehene, wenn man den Etat in diese Richtung umstellen würde. Die Staatskraft ist ebenfalls ein Problem, das andere gegenüber dem Staat nicht zu sprechen. Jede Milliarde, die durch Steuererhöhungen an den Einnahmen des Staates herbeigeholt wird, bringt zwei Milliarden mehr in die Wirtschaft, das ist kein Faktum, sondern eine alte Erfahrung, auf die man nun endlich zurückgreifen sollte. Wer die Kassen der Wirtschaft leert, die die private Wirtschaft leert, sollte in einer Steuerreform nicht miteinrechnen. Kapitalbildung der öffentlichen Hand ist ein Problem, das nicht in eine Demokratie. Die Kapitalbildung gehört in die Betriebe und in die Sparkassen. Der Staat hat nur ein Eisenbahn- und Angelegenheit, dahin müssen wir wieder kommen.

Damit ist die eine Umstellung abgeklärt, die wir in der Finanzpolitik für notwendig halten. Das war, wie gesagt, in der Rede des Ministers nicht die Rede — aber wenigstens von der zweiten Umstellung, die sich aus dem von uns herausgehobenen zweiten Punkt ergibt. Es geht nicht an, daß zwei Drittel der Staatsausgaben aus dem direkten Steuern stammen. Die Umstellung muß dahin gehen, daß die indirekte Besteuerung wieder mindestens die Hälfte, möglichst mehr der Staatseinnahmen ausmacht. Die alten Argumente gegen die indirekte Besteuerung wollen wir in der Kürze lassen, wo sie hingen. Die indirekte Besteuerung hat nicht den konfliktärtesten Charakter wie die direkte. (Der soziale Konflikt wird durch die indirekte Besteuerung, kann also frei entscheiden, welche Steuer er zahlen will — Kaffee, Alkohol oder Tabak.) Sie erleichtert die Haushaltsrechnung, weil wieder mit dem Druck auf die Einkommen, noch mit dem üblichen Geld-Argumenten gegen die hohen Einkommen labortiert werden kann. Von dieser Seite her könnte eine wesentliche weitere Herabsetzung der direkten Steuern durchgeführt werden, auf alle Fälle der Ausfall bei dem direkten Steuern muß vermehrt, gleichrichtiger auch bei der direkten Steuern den Ausfall viel weniger werden läßt als sich der kleine Moritz auf dem Papier an Hand der „gegebenen Zahlen“ ausrechnet.

Auch der jetzt dem Ausschuss überwiesene Gesetzentwurf wird wahrscheinlich im Endeffekt kaum eine wesentliche Minderung der Einnahmen bringen, obwohl bei den militärischen Einnahmen eine Senkung der Steuer bis zu 2% vorgenommen werden soll und abseits dieser die kleinen Einkommen weniger belastet sind als im tiefen Frieden, wenn man sich die verschiedenen Möglichkeiten bedenkt. Das hängt nicht nur mit der wahrscheinlich größer werdenden Steuerertragskraft, sondern auch damit zusammen, daß die nun in Privathand bleibenden Beträge von der Wirtschaft ausgehen und investiert werden und damit viel wirksamer angelegt sind als in der toten Hand des kalten Ehegatten Käses.

Es geht aber nicht, wie der Minister sagte, daß dem Steuererlöses so viel verbleiben muß, wie zur Erhaltung der Produktivität der Wirtschaft nötig ist. Die Wirtschaft muß nicht nur die Produktivität der Wirtschaft erhalten, sondern sie muß sie erhöhen, insbesondere um die 1,5 Millionen Erwerbslose und die noch kommenden Flüchtlinge in Deutschland in Arbeit und Brot zu bringen. Das ist unsere Arbeit. Soziale Steuerpolitik heißt nämlich nicht, dem Staat viel ausgeben kann, sondern den Betrieben möglichst viel lassen, damit möglichst alle, die arbeiten wollen, beschäftigt werden. Darum ist die von uns hier geforderte doppelte Umstellung dringend nötig und darum kann der neue Gesetzentwurf bestenfalls nur ein Anfang bezeichnet werden. II.

## Deutsche Flagge holt auf

Im internationalen Rheinstromverkehr hat Deutschland schon wieder einen Anteil von fast 9 Prozent... Immerhin

Der internationale Rheinstromverkehr hat sich nach den Erhebungen an drei deutsch-niederländischen Grenzstellen im Jahre 1949 auf 20,3 Mill. t, wovon 87,7 Prozent (17,8 Mill. t)

auf den Teil- und 42,3 Prozent (17,8 Mill. t) auf den Bergverkehr entfiel. Eine Gegenüberstellung mit dem Jahre 1948 und 1946 führt zu einigen bemerkenswerten Feststellungen:

Der Gesamtverkehr hat sich gegenüber 1948 trotz der katastrophalen Wasser- verhältnisse auf dem Rhein im abgelaufenen Jahr um rd. 20 Prozent gesteigert und beträgt damit immerhin bereits wieder 24,4 Prozent des Verkehrs von 1936, während 1948 erst gut 33 Prozent des Vorkriegsverkehrs erreicht waren.

Noch interessanter ist die Schichtung im Berg- und Talverkehr in den abgelaufenen Jahren zu verfolgen. Prozentual hat sich danach im Vorjahr der Berg- und Talverkehr sein Friedensverhältnis mehr und mehr angeglichen, während im Jahre 1948 noch reichlich „unusurbierte“ Verhältnisse

Jahr	Talverkehr in t absolut	Bergverkehr in %	Talverkehr in t absolut	Bergverkehr in %
1949	20 300 000	87,7	11 817 906	57,7
1948	18 274 000	75,2	9 258 874	61,2
1946	42 552 136	43,0	20 290 627	50,0

herrschten. Der Talverkehr hat 1949 im Vergleich zu 1948 nicht im gleichen Umfang zugenommen wie der Bergverkehr, während der Bergverkehr um rd. 3,3 Mill. t stieg, erhöhte sich der Talverkehr nur um rd. 1,9 Mill. t. Es liegen zwar noch keine detaillierten Angaben vor, aber man wird mit der Vermutung nicht irren, daß die Zunahme der Einfuhren über die Rheinmündungshäfen in erster Linie hierfür bestimmt gewesen ist.

Diese Vermutung wird bei einer Aufschlüsselung des internationalen Rheinstromverkehrs (bei Emmerich) nach Flaggen noch erhärtet. Es ergibt sich folgendes Bild:

Land	Jahr	Talverkehr in Tonnas	Bergverkehr	zusammen % des Gesamtverkehrs
Niederlande	1949	7 034 613	4 892 334	13 926 947 62,6
	1948	7 134 000	4 800 000	11 934 000 66,5
	1946	25 300 000	10 700 000	36 000 000 55,1
Belgien	1949	2 390 053	1 260 485	3 650 538 17,8
	1948	2 171 000	1 100 000	3 271 000 20,2
	1946	5 685 000	2 500 000	8 185 000 12,4
Frankreich	1949	614 608	430 213	1 044 821 5,0
	1948	691 000	400 000	1 091 000 6,5
	1946	1 167 000	500 000	1 667 000 10,0
Schweiz	1949	208 818	753 776	962 594 4,7
	1948	257 000	800 000	1 057 000 5,3
	1946	645 000	1 400 000	2 045 000 13,4
Deutschland	1949	673 252	1 088 223	1 761 475 8,6
	1948	135 000	1 000 000	1 135 000 5,7
	1946	12 000 000	10 000 000	22 000 000 142,0
Andere Nationen	1949	33 273	31 483	64 756 0,3
	1948	8 000	8 000	16 000 0,1
	1946	25 000	25 000	50 000 0,3

In vorstehender Tabelle ist zwar für das Jahr 1948 nur der Zeitraum vom 1. Mai bis 1. Dezember erfüllt, jedoch sind für das gesamte Jahr in den Prozentzahlen erhebliche Verschiebungen sehr unwahrscheinlich, so daß die nachfolgenden Betrachtungen im großen und ganzen auch für den Gesamtjahresvergleich schlußsicher sein dürfen.

Die größte Verschiebung ist darnach im Anteil der deutschen Flagge von 1,5 Prozent im Jahre 1948 (1. Mai bis 31. Dezember) auf 8,6 Prozent im Jahre 1949 eingetreten. Gerade diese Zunahme deutet auf die Erhöhung der Importe über die Rheinmündungshäfen hin, zumal von den rd. 1,8 Mill. t Gesamtgutstransport allein 1,1 Mill. t auf die Bergfahrt entfielen. Auch der gegenüber dem Vorjahr erheblich höhere Talverkehr (fast 0,7 Mill. t) deutet auf die Zunahme der deutschen Exporte über die Rheinmündungshäfen hin.

Die Zunahme des Anteils der deutschen Flagge erfolgte auf Kosten sowohl der niederländischen als auch der belgischen, der französischen und der schweizerischen Flaggen, wobei die fran-

zösische Rheinflotte noch am günstigsten abgeschnitten hat. Am größten war die Einbuße bei der niederländischen Rheinflotte, deren Anteil am internationalen Güterverkehr auf dem Rhein von 66,3 Prozent im Jahre 1948 auf 62,6 Prozent im Vorjahr zurückging.

Im Vergleich mit 1948 war allerdings der Anteil der ausländischen Flaggen am internationalen Rheinstromverkehr, gemessen an dem Anteil der deutschen Flagge (62,6 Prozent) immer noch zu hoch, was jedoch weniger die Schuld der ausländischen Schifffahrt sein dürfte als vielmehr auf den noch viel kleineren Umfang des deutschen Außenhandels beruht. Im Jahre 1948 betrug der Anteil der deutschen Schifffahrt an dem internationalen Rheinstromverkehr 13 Mill. t im Jahre 1948 gegenüber 1,8 Mill. t im Jahre 1949.

Erhöhung verdient schließlich noch das Steigen der „Flaggen anderer Nationen“ am internationalen Gütertransport auf dem Rhein und zwar absolut von 25 000 t im Jahre 1948 auf rd. 64 000 t im Jahre 1949 und noch prozentual von 0,1 auf 0,3 Prozent, worin die These von der Freiheit der internationalen Rheinschifffahrt auch schlagend ihre Bestätigung findet.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

## Ziegelbau schneller und billiger

Das Ergebnis des Essener Bauvergleichs

Am 15. August 1949 hat wie wir bereits berichtet, in Essen auf einem Grundstück des Allgemeinen Bauvereins Essen an zwei Bauvergleichen mit je 12 Wohnungen ein Bauvergleich zwischen dem Ziegelbau und der Schüttbauweise ausgetragen worden. Dieser Bauvergleich hat mit der Veröffentlichung des Gutachtens von Prof. Dr. Bauach — dem Leiter des Bauvergleichen — Prof. Dr. Bauach, der dem Bauverlauf überwacht hat, jetzt seinen offiziellen Abschluß gefunden.

In dem Gutachten, das für die Bauzeit von besonderem Interesse sein dürfte, wird u. a. festgestellt: Beim Schüttbau waren auf der Baustelle im Mittel 26 Mann gegenüber 34 Mann beim Ziegelbau eingesetzt. Der Schüttbau ergab sich für den Ziegelbau als billiger als für den Schüttbau. Die Facharbeiterstunden bei beiden beim Schüttbau auf nur etwa 25 v. H. von denen des Ziegelbaus, während hingegen die Hilfsarbeiterstunden auf 150 v. H. betragen. Der Schüttbau verlangt außer Facharbeitern noch Hilfsarbeiter, die für diese Bauart besonders eingearbeitet sein müssen. Bei Erichten der Dachkonstruktion zeigte sich im Innern der Häuser folgender Unterschied im Stand der Arbeiten: alle nicht tragenden Innenwände und die Treppen waren im Ziegelbau fertig, im Schüttbau hingegen nur zum Teil, wäh-

rend bei letztem allerdings die Installationsleitungen und Fenstergehäuse eingebaut waren.

In bautechnischer Hinsicht mußte festgestellt werden, daß der Schüttbau nicht immer den an ihn zu stellenden Anforderungen entsprach. Die Schüttwände, die nicht ausreichende Verankerung des Ziegels, die Gas- und Wasserinstallationsrohre sind eingeschüttet worden, sind also nicht ohne weiteres zugängig. — Beim Ziegelbau wurde im 2. Obergeschoss des Erdgeschosses stellenweise ein nicht einwandfreier Verband festgestellt. Die als Decken verlegten Hohlziegelbalken wurden anfänglich trocken, also ohne Mörtelbett, auf die abgeglichenen Wände aufgelegt. Erst in den beiden oberen Geschossen ist die Verankerung vornehmlich erfolgt.

Bei der Schlußrechnung für die beiden baupraktischen Bauten zeigte sich, daß die Kosten für den Ziegelbau um rund 10% niedriger liegen als beim Schüttbau. Die Kosten für den Schüttbau stellen sich auf 100 000,— DM, für den Ziegelbau stellen sich auf 90 000,— DM. Bereits im Rohbau einschließlich Dach, Innen- und Außenputz ergab sich ein Unterschied von 1 000 DM zu Gunsten des Ziegelbaus.

Bei einer Gesamtbauzeit von rund 4 Monaten für die beiden Häuser stellte

Weeks eine allgemeine Übersicht über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Er behauptet, die Zahl der Arbeitslosen gebe keinen Anlaß zur Besorgnis. Er erwartet auch für die nächsten Monate keine besonderen Schwierigkeiten. Seine Prognose deckt sich vollkommen mit dem, was wir hier in den letzten Wochen immer geschrieben haben. Befriedlich erscheint uns nur, daß die Landwirtschaft im abgelaufenen Jahr 270 000 Arbeitskräfte abgeben hat. Das ist wesentlich mehr, als man mit dem verringerten Arbeitsnachfrage gegen Ende des Jahres erwarten kann.

Das ist eine soziologisch sehr unrentable Entwicklung, wenn sie auch konjunkturell betrachtet, zeigt, daß die Anziehungskraft der Industriebetriebe der Städte wieder zusammenfallen. Dies wäre zweifellos nicht der Fall, wenn die Arbeitslosigkeit wirklich so ernst wäre, wie sie in dem absoluten Zahlenverhältnis besteht. Doch hat auch recht, daß mit dem Beginn des Wohnbauprogramms der Bundesregierung 300 000 Arbeitslose auf dem Bau und weitere 300 000 Arbeiter in den Bauwerken untergebracht werden könnten. Wir sind auch mit dem Herrn Stöck der gleichen Meinung in der Frage der Auswanderung. Einmal ist die amerikanische Situation, die Einwanderungskontingente für Deutsche erhöht, aber wie sollten die Auswanderer nicht für die deutsche Wirtschaft in der Fremde tätig werden und die Flüchtlinge werden wenn in ihre Heimat zurückkehren, wenn Deutschland wieder einig ist.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

## Konkurrenzkampf wird stärker

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau.

Die deutsche Flagge holt auf, während die niederländische und belgische Flagge zurückgeht. Die schweizerische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau. Die französische Flagge verbleibt auf dem gleichen Niveau

# Gefahr im Verzuge

Weder „Prümmerrando-Pessimisten“ noch Prestigepolitik bei der Liberalisierung des Außenhandels, aber die Konsequenzen, die Deutschland machte, sind nicht verstanden worden.

Von Dr. Hans Poser

Schon das neckische Spiel zwischen den Großen auf dieser europäischen Erde um Fritalax oder Firtel und Unisonen, bei dem es mehr um die Gewinnung taktischer Vorteile als um einen wirtschaftlichen Inhalt geht, enthält mit genaugender Schärfe die Fragestellung europäischer Interessen und Wollens bei den beteiligten Regierungen, der gegenüber das entgegenkommende Benehmen bei Kündigungen und auf Tausungen keinen Bestand hat. Der Mißerfolg der Liberalität in der Handelspolitik hat auch in Westdeutschland, das sich bisher für die ihr zu Grunde liegende Idee der Europa-Wirtschaft immer noch am aufgeschlossenen Gemüt hat, die Liebe zur Europäer nicht gerade gestärkt. In dieser kritischen Zeit, in der sich der amerikanische Konkrete ansetzt, aus Enttäuschung über die übertriebene Haltung der Europäer zu einer Kürzung der Marshallplan-Mittel zu schreiten, haben die Engländer zu allem sonstigen Überfluß noch die Forderung nach Verzögerung der Öffnung des Dollar-Gebietes angemeldet; sie haben damit, wohl bewußt, an einen der empfindlichsten Nerven der Amerikaner gefaßt und der Europäer sicherheit den schlechtesten Dienst erwiesen. Wir Deutsche müssen uns in der Bestürzung über die mangelnde Bereitwilligkeit der anderen Europäer zu wirtschaftlicher Annäherung vor zwei Fehlern hüten: einmal in den Chor der „Prümmerrando-Pessimisten“, wie Strömungen in einer der heutigen rheinischen Lagen 1929 seine Widersacher getauft hat, einzustimmen, durch Propaganda nur den Zweck verfolgt, protektionistisches Wasser auf ihre kommerziellen Mühlen zu leiten. Wir dürfen auch, so sehr die Einsicht der Opfer in den liberalistischen Handelsabkommen der Bundesrepublik dazu verleiten könnte, nicht einer bloßen Prestigepolitik das Wort reden, die uns eigentlich ein weiches Gewebe der Begriffe mit Feuer und Schwert ausgetrieben sein sollte, weil auch sie nur zu unfruchtbarer Autarkie Anstoß geben kann. Davon sollen wir für die nächsten Menschenalter kurlert sein. Was dann an Ergebnissen aus Überlegungen einer rein wirtschaftlichen Vernunft, Übergangs- ist, ist bitter wenig genug. Was sind wir doch noch vor kurzem begeistert mit vollen Segeln in den Strom gesteuert, an dessen Ufern die europäische Wirtschaft und Zollunion als Ziel der Befreiung aus den verurteilten Fesseln des Außenhandels wirkte; und heute scheint es, als ob das Schicksal uns verurteilt, auf gerüttelten Boden die kümmerlichen Bruchstücke eines zertrümmerten Traumlandes im Hafen zu bergen.

Wahrhaftig atmeig ist die Kritik, die Europa von seiner handelspolitischen Arbeit des Jahres 1949 in die Schwere gebracht hat. Fast das einzige Positive, das zu verzeichnen war, bestand in der Überwindung der Schwierigkeiten, die einer weiteren Durchführung der Beschlüsse im Wege lagen. Die beteiligten Regierungen sind sich am 16. Oktober 1949 einig geworden, die sogenannte „Vorunion“ mit ihrem Abhang der Außenhandelsabkommen mit Wirkung vom 1. Okt. ab in Kraft zu setzen und an der vollständigen wirtschaftlichen Vereinigung ihrer Staaten zum 1. Juli 1950 festzuhalten. Soweit aber sonst der Blick über die Lande streift, ist das auch alles, was an den Geist europäischer Verständigungsbestrebungen erinnern könnte. Darüber hinaus ist zwar viel von ihm gesprochen worden, aber bis zu Taten hat er sich nicht ausgewirkt. Das Erbteil Europas, seine Zerstückelung und das nationalstaatliche Handeln seiner Regierungen, das entgegen ihren wohlklingenden Erklärungen ihnen nicht schwerer macht als den Verzicht auf liebgewordene Teile ihrer Souveränität, haben ihn niedergebunden. Mehrfache Versuche zur Konvertibilität der europäischen Währungen sind mit tiefgründigen Entwürfen im Keime steckengelassen. Von einem Fortschritt in der französisch-italienischen und der skandinavischen Zollunion war nichts zu spüren. Die wiederholten Besprechungen über ein engeres ökonomisches Bündnis Frankreich und Italien mit den Beneluxstaaten haben außer dem Gegenstand Großbritanniens mit einer Anregung wirtschaftlicher Zusammenarbeit an die skandinavischen Länder als ebenfalls nicht auf stürmische Zustimmung gestießen (ist bisher wenigstens kein greifbares Ergebnis erzielt, und es steht so aus, als ob der Vorschlag der Niederlande auf Beteiligung Westdeutschlands an Fritalax mehr aus taktischen Überlegungen eingeleitet wurde. Der immanente Gegensatz zwischen dem zum Empire neigenden England und Kontinentaleuropas hat an Schärfe nichts verloren. Was für uns das Greifbare und Schlimmste ist, die als Gradmesser für die Güte staatlicher Abmachungen unbestreitbare Handelsbilanz der Exporteure im Warenverkehr mit den europäischen Partnern liberalistischer Abkommen, 1951 für die letzten Monate staatlicher Erhebungen mit schmerzlicher Deutlichkeit erkennen, daß sich diese Verträge, mit Ausnahme des deutsch-schweizerischen vom 27. August 1949, in ihrer bestmöglichen Einseitigkeit der deutschen Konsumtion nicht zum Nutzen unserer Wirtschaft gekehrt haben.

Nur wenn man sich über alle solchen Mieritzige und Irrfahrten hinweg den klaren Blick dafür bewahrt, wohin sie führen, ist wenigstens ein Element zu finden, das Besserung für die Zukunft verspricht. Noch erklängen uns die bescheidenen Worte im Ohr, die der amerikanische Marshallplan-Administrator Hoffman am 31. Okt. 1949 als Appell an

den Rat der Pariser Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit gerichtet hatte. Westeuropas habe bis zum Ablauf des Marshallplans um die Jahresmitte 1952 zwischen dem entscheidenden Fortschritt zur Verwirklichung der Zollunion oder einer Katastrophe auszuwählen zu wählen. Auf den Regierungen Westeuropas lastet nun die ungeheure Verantwortung, entweder zum Guten unter der Aufgabe von Teilen ihrer Autonomie ernsthaft an den europäischen Zusammenschluß heranzugehen oder zum Bösen nach regulärer oder sogar vorzeitiger Beendigung des Marshallplans in der alten Zerstückelung unseres Erdteils zu verharran und so den Lebensstand seiner Bevölkerung auf ein unerträgliches Maß herabzusetzen. Mit abgerundeten Verbalen ist jetzt nicht mehr zu gewinnen. Die nächsten Monate müssen es lehren, ob der gute Geist die brennenden Gegenkräfte verstopft und offener Prozeduren zu überwinden vermag. Und die Bundesregierung wird die erste sich bietende Gelegenheit benutzen müssen, die Probe auf das Exempel europäischer Verständigungsbestrebungen zu machen, wenn sie sich notwendigem weisheitlich die bisherige Einseitigkeit der Handelsabkommen in Gleichwertigkeit der Konsequenzen beider Vertragsparteien zu verwandeln. Unsere Hoffnung auf den Sieg des gesunden Menschenverstandes über nationalstaatliche Engstirnigkeit, die unser Lebensalter ist, dürfen wir nicht verlieren; aber sie ist durch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit recht gedämpft, und es enthält auch nur einen mageren Trost für uns, daß die Bundesregierung zur Erfüllung des Gedankens an die Liberalität des Außenhandels alles und mehr getan hat, als man von ihr billigerweise erwarten konnte.

## Die Gesetze der Moral in der Wirtschaftspolitik

Damit können wir zu einem noch ernteren Kapitel.

Mein alter Freund und Bekannter in vielen handelspolitischen Schächten der Vergangenheit, der ehemalige Geschäftsmann im Amt Dr. Paul Schmidt hat in seinen interessanten Erinnerungen, die er „Staat auf diplomatischer Bühne“, erschienen 1949 im Athenäum-Verlag, Bonn, nennt, die Erkenntnis von dem unerlölichen Werten der moralischen Gesetze in der Politik und im Dasein der Nationen als eine der wertvollsten Erfahrungen aus seinem wechselläufigen Berufsleben. Daß diese Kraft über die entgegenstehende nationalstaatliche Auffassung von den Bestimmungen zwischen den Völkern triumphieren den Sieg davongetragen hat, haben wir an eigenen Leiden genug zu spüren bekommen. Daß sie aber auch jetzt nach dem Kriege Wirken und Taten der Regierungen beherrscht, will uns, die wir nach auf der Schattenseite des Völkerlebens vegetieren, oft mehr als zweifeltätig erschein.

Die handelspolitischen Gesetzmäßigkeiten im abgelaufenen Jahre waren, wie gesagt, nicht sehr erhellend. Von der Achtung vor dem Nachbar, von einer Mäßigkeit durch seinen unerbittlichen Interessen, ja, von einer politischen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit war in den oft turbulenten Entscheidungen der europäischen Handelspolitik 1949 wenig zu merken. Man denke nur an die englische Währungsabwertung vom 18. September 1949, die mit ihrer verblüffenden Rückgangskurve ähnlich wie ihre Vorgängerin aus dem Jahre 1931 unübersehbar war und unter anderen schädlichen Folgen den Franzosen ihr seit dem Kriege am längsten amtierendes Kabinett als Ministerpräsidenten Genosse gekostet hat.

Auch der Bundesregierung wurde Gelegenheit geboten, die Einseitigkeit zu ihren Lasten in wirtschaftlichen Verhandlungen und Abmachungen kennen zu lernen, die von ihr abgelehnten, sogenannten „liberalistischen“ Abkommen machten ihr zwar in der Befolgung der international ausgegebenen Parole von der Notwendigkeit eines Abbaus der Handelsbarrieren alle Ehre, aber sie haben sich bis auf dasjenige mit der Schwere vom 27. August 1949 nicht als vorteilhaft für die deutsche Wirtschaft erwiesen, weil ihnen die Gerechtigkeit, ein Ausgleich zwischen den beiderseitigen Konsequenzen abging. Die Regierungen deutsch-französischer Wirtschaftsverhandlungen, in die man hier und dort mit großen Hoffnungen eingetreten war, sollen nun endlich vor der Paraphierung stehen, aber es muß einen Deutschen nachdenklich stimmen und an den moralischen Gesetzen verzagen lassen, wenn er durch eine Vertagung seiner Delegation erfahren wird, auch aus einem unvollständigen Demut der französischen Seite, das mehr nicht als es beabsichtigt, entgegen zu müssen glaubt, daß sie im Schaden geraten sind, weil Frankreich Deutschland nicht die gleichen Vorteile im Export einräumen bereit ist, die es anderen europäischen Ländern zugestanden hat. Die Tatsache endlich, daß der deutsche Export auch sonst auf unserem Kontinent von manchen Einfuhrbeschränkungen ausgeschlossen bleiben soll, die für die fremde Konkurrenz offenstehen, erschüttert bei uns das Vertrauen in die Wirken der immanente Gerechtigkeit wenig.

Es erhebt sich die Frage, ob man in der Handelspolitik überhaupt moralische Kräfte als verpflichtend annehmen darf. Zugegeben werden muß, daß die Antwort je nach der vertretenen Weltanschauung verschieden ausfallen kann. Für uns sind sie wie bei den Geschäften eines „ehrlichen Kaufmanns“

# AMERIKA du rauchst nicht besser...



Wir alle schätzen den würzig-kraftvollen Geschmack des amerikanischen Virginia-Tabaks; kein rechter Raucher möchte seine belebende, anregende Wirkung mehr missen. Ebenso aber schätzen und lieben wir Deutsche von jeder den Duft und das unvergleichliche Aroma echten, edlen Orient-Tabaks.

Wer tätig-strebend sein Leben meistern will und sich den Sinn für vereinigten Lebensgenuss bewahrt hat, wird sich daher - bewußt oder unbewußt - stets für eine Cigarette entscheiden, in der sich das Kraftvoll-Belebende des Virginia-Tabaks mit der genießerischen Delikatesse des Orient-Tabaks verbindet.

Beide Elemente aber machen das Besondere der 502 aus.

TABAKLAND VIRGINIA und TABAKLAND ORIENT geben ihr Bestes zum Besten der 502



mild und süß



so auch in den Beziehungen der Völker. In Professoren übertragen: bei dem internationalen Warenverkehr und seinen zwischenstaatlichen Regelungen wirksam. Das ist auch eine Lehre, die man aus der Vergangenheit ziehen kann, daß Selbstsucht in der Wirtschaftspolitik nur kurze Beine hat, daß immer nur auf die Dauer am besten führt, wer seine eigenen Interessen mit den Bedürfnissen des Freundes von draußen in Einklang zu bringen versteht. Beim Abschluß des berühmten englisch-amerikanischen Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 haben sich die kontrahierenden Mächte zweifelsfrei nicht nur von ihren Wünschen leiten lassen, sondern sie haben auch die Belange anderer beachtet, denen auf dem Wege über die ihnen zustehende Mitsprachefähigkeit die Vorteile des Vertrages mit zugute kamen. Darum konnte auch das Abkommen von Präsident Truman mit Recht als „ein Meilenstein in der Geschichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ geteilt werden. Ähnliches gilt für das Generalliberale Zoll- und Handelsabkommen vom gleichen 30. Oktober 1947 und seinen Ergänzungen aus Ansoy vom 27. August 1949, das mit der Einladung an die Bundesregierung zu Verhandlungen über den Anschluß und ihrer Annahme vom Januar 1950 in Deutschland wieder lebhafter beachtet wird. Hier tritt sogar die Absicht einer Verallgemeinerung der Zollbindungen in seinen bilateralen Bestandteilen noch ständiger hervor.

Wenn, was wir gesagt, vorgekommen ist, die moralischen Kräfte nicht genügend ausgebildet sind, um die Regierungen von einer Überhebung der Selbstsucht in ihren Verhandlungen zu abhalten, dann sollte wenigstens die Vermutung eines Handelspolitikers zu verständnisvoller Haltung gegenüber dem Partner veranlassen. Roosevelt, ein typischer Repräsentant des gesunden Menschenverstandes, nur selten wie beim Sturzflugplan und in der Formel von der bedingungslosen Kapitulation im Blick ließ, hatte in einer Besprechung vom 18. Mai 1933 der Generalliberale Zollkonferenz unerbittlichen Andenkens die Worte gesprochen: „Ein egoistischer Sieg ist noch immer dann bestimmt gewesen, sich letzten Endes in eine Niederlage zu verwandeln.“ Der echte Han-

delvertrag ist, wieder wie jedes private Handelsgeschäft, das Produkt aus Geben und Nehmen; er kann nur dann dauernden Bestand verbriefen und die Zustimmung der Volkswirtschaft finden, zu deren Nutzen er geschlossen wurde, wenn man auf beiden Seiten des Konferenztisches zu seinem Recht gekommen zu sein glaubt. Eine Vertagung der Mitsprachefähigkeit als des Eckpfeilers im geschäftlichen Güterverkehr zwischen den Nationen ist ein bodenwidriges Verbrechen wider den Geist der Handelspolitik; sie muß sich schnell rächen. Aber auch jede andere Vernachlässigung der Gerechtigkeit wird über kurz oder lang wie ein Bumerang auf den Misetäter zurückfallen, weil der Angegriffene sich seiner Heut wehren muß. Es ist recht pikant, heute eine Rede ins Gedächtnis zurückzurufen, mit der Henry F. Grady, der Leiter der Handelsvertrags-Abteilung im State-Department 1905 den Protektionisten im eigenen Lande und draußen die folgenden ökonomischen Erfahrungssätze in ihr Stammbuch geschrieben hat: „Es dürfen keine Zweifel darüber bestehen, daß eine Ausweitung des Inlandsverkehrs zu einem großen Teile ohne Erhöhung der kommerziellen Beziehungen. Auswärts zum Ausland unmöglich ist. Und es muß berücksichtigt werden, daß Zollherabsetzungen sowie die Beseitigung und Ermäßigung von Einfuhrbeschränkungen in dem Vereinigten Staaten nicht nur dazu führen werden, daß die unmittelbar betroffenen Warengruppen in größerer Menge mit anderen Ländern ausgetauscht werden, sondern auch dazu, daß sich der gesamte nordamerikanische Außenhandel in erheblichem Maße ausweitert. Wir müssen erfahren, daß selbstschützende Interessen häufig einen Druck zwecks Erreichung von Konsequenzen seitens anderer Länder ausüben, um die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Ausführungshäufigkeit zu sichern oder das Volumen dieses Geschäftes zu erhöhen, ohne sich anschließend dabei der Unhaltbarkeit einer solchen Stellungnahme bewußt zu sein.“ Das sind Worte einer wirtschaftlichen Vernunft, die nicht nur in Amerika beherzigt werden sollten; man sagt uns, daß sie an aktueller Bedeutung auch heute noch nicht eingebüßt haben.

Aber wir Deutsche dürfen uns nicht verhehlen, daß das deutsche Beispiel

besonders gelagert ist. Es klingt brutal und entspricht doch der Wahrheit, daß man im Augenblick draußen mit Deutschland, das man für die Kriegsverantwortung verantwortlich und wehrlos gemacht hat, unangenehm beliebt, wie es einem gefällt, und wie man es zu Gunsten der eigenen Volkswirtschaft für am nützlichsten hält. Die Folgen eines solchen Vorgehens für die deutsche Seite machen der Welt jetzt wenig Kopfschmerzen. Aber auch hier liegt der Knipfel beim Hunde. Man darf die

deutsche Henne nicht schlachten, wenn man von ihr goldene europäische Eier erwartet. Und die Ansicht, daß das Jupiter-Gebührende dem Hindvich noch lange nicht zukommt, ist ein Dogma, das vielleicht unter der Herrschaft der römischen Götter von gemeinen Volk geschloßen wurde, das aber in der Gegenwart nicht mehr recht maßgebend ist, in der man sich machet. Deutschland als gleichberechtigten Partner in der Gemeinschaft der Nationen zurückzuführen.

## Verstärkter Zwang zum Export

(VWD) Die Verminderung der Devalache — für das EEG-Jahr 1950/51 wird mit einer Hilfe von 500 Millionen und für 1951/52 nur noch mit einer solchen von 300 Mill. Dollar zu rechnen sein — stellt die deutsche Außenhandelspolitik unter einen kategorischen Imperativ. Gegenüber einer Ausfuhr von rund 964 Mill. Dollar im Marshall-Plan-Jahr 1948/49 wird das Exportvolumen für das Fiskaljahr 1949/50 auf 1,27 Milliarden Dollar geschätzt. Absolute gesehen zeigt eine beträchtliche Zunahme im Hinblick auf ein Importvolumen von 3 Milliarden jedoch, fernher der knappen, Deutschland noch bis zum Auslaufen des Marshall-Plans zur Verfügung stehenden Zeitspanne, bleibt das Tempo der Exportsteigerung besorgniserregend langsam.

Ob die deutschen Planzahlen für den Export in den Fiskaljahren 1950/51 und 1951/52 mit 1,56 bzw. 1,813 Mrd. Dollar erreicht werden, hängt in entscheidendem Maße von Grade der in anderen Ländern erfolgenden Liberalisierung und vom Wandel der Zollpolitik ab. Die Bundesregierung ist sich aber wohl schon darüber klar — sie dürfte das in ihren der OEEC am 18. Dezember übergebenen Memorandum für die beiden kommenden Marshall-Plan-Jahre zum Ausdruck gebracht haben — daß diese Planzahlen nur dann realisiert werden können, wenn es ihr gelingt, die Ausfuhr in großräumiger Weise und tatkräftig zu fördern.

Eine Ausfuhrplanung, wie sie von der Bundesregierung seitens der OEEC verlangt werden ist, mußte aber auch darauf Rücksicht nehmen, daß das

Exportvolumen der Grundstoffindustrien, insbesondere die Ausfuhr von Kohle, Schrot und Stahl das Maximum bereits erreicht hat. Im übrigen wird der Wettbewerb der Marshall-Plan-Länder untereinander auf dem Konsumgütermarkt, der Welt immer schärfer, so daß die größten Aussichten noch auf dem Produktionsgüter- und Chemisektor bestehen. Zu diesen von der Güterwelt kommenden Einschränkungen treten die Beschränkungen der deutschen Ausfuhr durch die Fragewürdigkeit der Aufschüßelungsmöglichkeit weltweiter Märkte: Der Raum von Warschau und Prag bis Peking wird nur für eine leichte Zunahme der deutschen Ausfuhr in Betracht kommen, was man vielfach, nicht allein bei Westdeutschland begrenzten Gründen, andere Gebiete wie Mittel- und Südamerika werden sich wohl nur für den deutschen Export als aufnahmefähiger erweisen, wenn der deutsche Kaufmann erst wieder unbefehligt an Ort und Stelle für seine Erzeugnisse werben kann. Die deutsche Importplanung dürfte demgegenüber nicht ein Mengenproblem sein, sondern vielmehr die Frage der Zusammenfassung der Importe aufweisen. Eine Erhöhung der Einfuhr ist für das EEG-Jahr 1950/51 nur um rd. 90 Millionen und für 1951/52 um etwa 80 Mrd. Dollar vorgesehen. Westdeutschland steht vor der Alternative, bei weiter hohen Importen von reinen Versorgungsgütern, insbesondere von Lebensmittel, schließlich infolge Mangels an Rohstoffen die Arbeitslosigkeit noch zu

(Fortsetzung auf Seite 4)

# Wir greifen auf:

### Regierungskunst von heute: Rationalisierung ohne Rechtsgrundlage ... und ohne Sinn

Die Tagespresse vermeldete mit Schrecken: Am 9. 1. Rationalisierung in voller Aufklärung. Die Gesetzgebung ist überantwortet worden.

Am 10. 1. Rationalisierung aufgehoben. Am 11. 1. Buttern bleibt noch rationiert. Zuckertration auf Märkten.

Uns kam das tolle Liedchen des Sekretärs aus dem kleinen Hofmannsheim dem besten, anstandslos, mit afrikanischen Lauten aus der Luft zu weit hinter uns liegenden Spitzweges in den Sinn: Er sitzt in symmetrischer, weiser Selbstkritik: „Und du redest nur für die Kaiser! Gott schütze deiner Dornhaid!“

Aber Spaß bei Seite: Seit Monaten werden Brot, Mehl und Fleisch frei verkauft, obwohl die Rationierung noch formell besteht. Schwierigkeiten sind wieder einströmen, auch zu befürchten. Die Versorgungsfrage in Fette ist z. Zt. recht akut. Allerdings nur dank hoher Einkünfte und weil die neue Bundesratsministerkonferenz zur Begründung der offiziellen Kürzung der Butterration vor 3 Monaten versprochenes ausbedingte Verringerung der Milch- und Butterration nicht einsetzten ist im Gegenteil: Noch heute besteht eine „Milchdünne“, die zu Maßnahmen zur Hebung des Milchverkaufs Anlass geben sollte! Auf dem gesamten Fettmarkt übersteigt die Angebot z. Zt. die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung. Trotzdem ist bei der Abhängigkeit von der Einfuhr noch auf lange Sicht Vorsicht am Platze. Zucker heißt Mannever.

Warum stiftet nun die Bundesregierung keine klare Rechtslage? Warum trägt sie nicht der Tatsache Rechnung, daß niemand, weder der Verbraucher noch der Handel, der Erzeuger und die Landesregierungen noch etwas von dem Markensystem wissen wollen? Es ist zum Gedächtnis des kleinen Volkes geworden und dient nur noch dazu, die Wirtschaftskräfte mit ihrem kostspieligen Ansehen am Leben zu halten, in einer Zeit, in der alles nach einer sorgfältigen Prüfung der Verhältnisse rufen. Die mit erheblichen Kosten hergestellten Lebensmittelkarten wandern hin und her. Warum stiftet nun die Bundesregierung erst von den Landesregierungen darüber berichten, daß die letzte Form der Lebensmittelrationierung keine Rechtsgrundlage hat, da das Bewirtschaftungsnotwendigkeit nicht über den 31. Dezember 1949 verlängert ist? Warum wird keine neue Marktordnung für die Gebiete geschaffen, auf denen sich noch nicht zu erheben ist? Warum wird keine neue Marktordnung für die Gebiete geschaffen, auf denen sich noch nicht zu erheben ist? Warum wird keine neue Marktordnung für die Gebiete geschaffen, auf denen sich noch nicht zu erheben ist?

### Beiderseits sehr erwünscht

Die „Tat“ beschäftigt sich in einem Artikel mit dem schmerzhaften deutschen Handelsverkehr und weist darauf hin, daß die Anwendung überalterter Grundgesetze dem Warenverkehr gewaltigen Auftrieb gegeben habe. Westdeutschland sei im November nach dem USA zum zweitgrößten Abnehmer schweizerischer Produkte geworden. Westdeutschland habe in dem angeführten Monat für rund 20 Millionen Franken geliefert, während die Schweiz Waren im Wert von 44 Mill. Franken nach Westdeutschland geliefert habe. Der Blatt weist darauf hin, daß diese Exporte zum Teil aus konventionellen Rücklieferungen seien, die nicht mehr allzuandere wirksam sein können. z. T. sind es z. B. die Sperrgüter, die in der vertraglosen Zeit sich bei der Nationalbank angekauft hatten und die jetzt zur Finanzierung der Exporte nach Westdeutschland über die monatlich abgestellten 4,5 Mill. Dollar hinaus herangezogen wurden. Diese Herren, meint das Blatt, die Schweiz aufgebracht sein, so daß die Schweiz die hohen Exporte nach Westdeutschland nur aus konventionellen Rücklieferungen seien, die nicht mehr allzuandere wirksam sein können. z. T. sind es z. B. die Sperrgüter, die in der vertraglosen Zeit sich bei der Nationalbank angekauft hatten und die jetzt zur Finanzierung der Exporte nach Westdeutschland über die monatlich abgestellten 4,5 Mill. Dollar hinaus herangezogen wurden.

### Viel Stahl und kein — Ventil

Die ECE (Wirtschaftskommission der GNO) veröffentlicht Angaben über die Entwicklung und über die Aussichten der europäischen Stahlindustrie unter Berücksichtigung des Weltmarktes. Die Kommission hält u. a. fest, daß die europäische Stahlproduktion 1953 einen Überschuss von rd. 8 Mill. t Stahl erzielen werde, für den kein Absatz zu finden sein werde. Das Amt vertritt in dieser Studie die Ansicht, daß die europäische Industrie modernisiert werden müsse, um leistungsfähiger zu werden und einen höheren Stahlverbrauch garantieren zu können, außerdem müsse Europa danach trachten, seinen ursprünglichen Anteil am Weltmarkt (30%) wiederzugewinnen. In den Beschlüssen der ECE-Kommission heißt es, es müsse eine Zusammenarbeit der europäischen Länder zur Sicherung und günstigen Einkauf ausreichender Vorräte an Rohstoffen für die Stahlherzeugung gefördert werden, außerdem wird noch empfohlen, koordinierte Maßnahmen zur Erhöhung des Stahlverbrauchs zu treffen und die Investitionsprogramme anzuknüpfen.

Alles in allem sehr trübe Aussichten für die Stahlproduzenten, die sich noch mehr trüben, wenn man hört, daß gerade überall das Bestreben besteht,

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Französische Zone

In Söckbaden sind die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Holzverarbeitungs- und verarbeitende Betriebe, wie auch die meisten Unternehmen der Eisen- und Metallverarbeitung noch gut mit Aufträgen versorgt. Die Firmen mit bekannten Spezialerzeugnissen — Dreibriken, Schnellboiler, Emaille- und Lacktücher — sind voll ausgelastet und zum Teil noch für viele Monate mit Aufträgen versorgt. Eine leichte Produktionssteigerung wird gegen Jahresende auch noch in der Kleintextil- und Elektroindustrie festzustellen. Eine vorübergehend gebliebene Glühlampenfabrik hat wieder mit der Produktion begonnen. Die Glaswerke konnten ihren Absatz erhöhen und auch die Spannbildner höherer Umstände erzielen. Saisonmäßig ist die getriebene Produktion von Frostschuttschäden zu erklären, der neue Arbeitskräfte angeworben wurden. Unbeschäftigt ist die Lage im Baugewerbe. Wenn im allgemeinen auch ein jahresmäßig bedingter Rückgang der Bauaufträge festzustellen wurde, so konnte doch besonders in ländlichen Bezirken der Beschäftigung gehalten werden. Weiter verschlechtert hat sich die Lage in der Industrie der Steine und Erden. Weder Schotter noch Werksteine finden bei fallenden Preisen Absatz. Hier mußten selbst Facharbeiter entlassen werden und viele Betriebe zu Kurzarbeit übergehen. Die Papierindustrie leidet unter einem reichlichen Angebot billiger Auslandserzeugnisse. Als geradezu katastrophal wird der Auftragsrückgang in der Zigarrenindustrie bezeichnet. Trotz guter Weihnachtserträge im November weisen die Lager noch einen beachtlichen Umfang auf. Bestellungen erfolgen zum Teil überhaupt nicht mehr.

Die badische Landesversicherungsanstalt hat aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Arbeitslosenversicherung dem badischen Staat einen Kredit von 11 Mill. DM zur Deckung der Besatzungskosten zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag soll jedoch nicht von badischen Finanzministerien ausbezahlt werden, da diese Summe der Landesversicherungsanstalt nach der Währungsreform als Ersatzleistung zur Verfügung gestellt wurde. Die Landesversicherungsanstalt gewährt außerdem vor kurzem der Stadt Freiburg einen Kredit von 2 Mill. DM mit einer Laufzeit von 3 Jahren und einer Verzinsung von 3% und 2% Annuitäten zur Durchführung von Vorarbeiten. Die von Landesverband der Großhandels für Rheinland-Pfalz in Gemeinschaft mit der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammer beantragte Verlängerung der Landesverfügung zum Schutz des Großhandels ist von der Landesregierung noch immer nicht in Kraft gesetzt worden. Teil der Großhandelsverband für die Pfalz. Die Landesverfügung wurde im Januar 1949 erlassen und ist jeweils für 1 bis 3 Jahre verlängert worden. Mit dem 31. 12. 49 war die Geltungsdauer wieder abgelaufen. Der Großhandel der Pfalz bedauert es, daß der derzeitige unpreiseliche Zustand die Möglichkeit zur Beschaffung der gewerbepolitischen Voraussetzungen ohne die bisher üblichen Voraussetzungen bietet. Man vermutet, daß die Landesregierung die Schutzverfügung nur für ein halbes Jahr verlängern wird.

Als Restitutionsen müssen aus sechs Betrieben des Landes Württemberg-Rohröfenrollen noch insgesamt rund 1300 Maschinen abtransportiert werden. Nachdem durch ein Abkommen zwischen der Türkei, der Sowjetunion und dem französischen Hohen Kommissar Ende November 1949 Maschinen der Uhrenfabrik Kienzle und Maschin von der Demontagebetriebe getrieben, beträgt der Anteil der Kienzlewerke an der Demontage 750 Maschinen, während Maschin rund 400 Maschinen abgeben muß.

Eine Rundfrage der Industrie- und Handelskammer Konstanz über die Zweckmäßigkeit der Errichtung einer Zentralkartei altoniger Zähler bei den Handelskammern oder bei einer anderen Organisation im Bundesgebiet ergab eine Ablehnung durch 74% der befragten Firmen. 26% befürworteten die Kartei, zum Teil unter gewissen Vorbehalten. Bei den befragten Handelskammern überlegen jedoch die Stimmgen für die Einführung der Kartei. Die Industrieformen waren zu 30% dagegen.

Ein ausländischer Aufsichtsrat für Versicherungen in geschäftlichen wurde auf der Versammlung der Versicherungsgesellschaften gebildet. Die Agenten trafen dafür ein, daß ebenso wie in Deutschland die Lebensversicherungsprämie bei der Einkommen- und Lohnsteuer wieder als abzugfähig gilt. In der Versammlung wurde betont, daß die großen Schwierigkeiten, die 1947 bei der Umstellung des Versicherungswesens aufgetreten waren, bisher hätten behoben werden können. Nach dem jetzt vorliegenden Stand der Dinge ist die Versicherungswirtschaft in der Lage, die großen Schwierigkeiten, die 1947 bei der Umstellung des Versicherungswesens aufgetreten waren, bisher hätten behoben werden können. Nach dem jetzt vorliegenden Stand der Dinge ist die Versicherungswirtschaft in der Lage, die großen Schwierigkeiten, die 1947 bei der Umstellung des Versicherungswesens aufgetreten waren, bisher hätten behoben werden können.

Die deutschen Stahlpreise werden von der Neufestsetzung der Kohlenpreise, entgegen anderer letzter Meinungen, vorläufig nicht beeinflusst. Der Nachteil der sich durch die Reduzierung des Exportpreises für die deutsche Stahlindustrie ergibt, ist nach Mitteilung von aus unrichtigster Seite darin zu sehen, daß andere Länder, die Ruhrkohle besitzen, insbesondere Frankreich, wieder einen Preisvorteil erlangen. Dadurch werde die deutsche Schwerindustrie, die schon wegen ihrer Abhängigkeit von der Einfuhr teurer Rohstoffe vorbelastet ist, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit weiter behindert.

Die ausserländische Holzverarbeitungsindustrie ist durch die hohen Rohholzpreise und auch durch die Konkurrenz der billigen ausländischen Ware in eine unzulässige Situation geraten. Die Entwicklung ist jedoch nicht ganz einseitig: Ansätze für eine Besserung liegen vor. In der Fachholz-Industrie ist dagegen die Lage nach wie vor recht ungesund.

Der Finanz- und Steuerzuschuß der Industrie- und Handelskammer Wuppertal hat beschlossen ein DM-Bilanz-Schiedsgericht einzurichten, das insbesondere dem Zwecke dienen soll, Differenzen bei der Bewertung zwischen Gesellschaften von Personengesellschaften und bei Kapitalgesellschaften zu beseitigen. Zur Zuständigkeit dieses Schiedsgerichtes sollen nicht diejenigen Streitigkeiten gehören, für die nach § 46 des DM-Bilanz-Gesetzes die Spruchstellen zuständig sind.

Am Jahresende stießen in Schleswig-Holstein im Landeshauptstadt auf einen offenen Arbeitsplatz 380 Arbeitslose. Bei den Männern erhöhte sich das Verhältnis sogar auf eine zur 400, während bei den Frauen nur eine zur 270 betrug. Am 31. 12. 1949 waren noch 2700 am 31. 12. 1949 jedoch nur 944 freie Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein gemeldet. — Die Kurzarbeit in der schleswig-holsteinischen Industrie, die im November zurückgegangen war, hat nach der Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes wieder beträchtlich erhöht. Ende Dezember wurden 2000 Kurzarbeiter gezählt, von denen der größte Teil auf die Metall-, Elektro- und feintechische Industrie entfällt.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Das Bankhaus Hardy & Co. G.m.b.H. Berlin, ist auf Grund der 33. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagertes Geldinstitut mit Sitz in Frankfurt am Main anerkannt worden.

Die Regierung der Sowjetunion hat am 12. Januar den Zweijahresplan für 1950 bis 1951 wirtschaftlich plan für 1950, den 2. Jahr des Zweijahresplanes, veröffentlicht. Am Tage vorher gab der Minister für Planung der Sowjetunion, Nikolai Sin, einen Bericht über diesen Plan. Die Ergebnisse des ersten Planjahres 1949 betrauen, so führte Sin aus, daß die für 1950 gestellten hohen Ziele durchaus real seien. Die Industrieproduktion solle nach dem Plan Ende 1950 im Verhältnis zu 1938 100% betragen, während die Erzeugung der Landwirtschaft, auch der Schweine- und Viehbestand, den durchschnittlichen Stand des Jahres 1934 bis 1938 erreichen werden. Gegenüber dem Jahre 1949 sei eine durchschnittliche Erhöhung der Produktion um 11% vorgesehen. Auf dieser Grundlage werde die weitere Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung möglich sein: der Warenmangel des Einzelhandels werde gegenüber 1949 wertmäßig um 14% steigen, was angesichts der fallenden Preise eine mengenmäßig noch größere Steigerung bedeute. Die Gesamtlöhne werde um 10% steigen. Mit der Erfüllung des Zweijahresplanes werde 1950 die Wiederaufbauperiode im weltlichen abgeschlossen sein. Auf der weltlichen Basis könne der Neuaufbau erfolgreich fortgesetzt werden. Besonders Ausführungen widmete Sin der Hebung der Arbeitsproduktivität, der Ausdehnung von Facharbeiterkräften, der Verbesserung der Qualität der Produktion und der Förderung von Wissenschaft und Technik. Die Reparationslieferungen an die Sowjetunion wurden 1950 nur noch 4,4% der Bruttoproduktion betragen. Die Partei für 1950 sei die Erfüllung des Zweijahresplanes bis zu dem Parteitag im Juli 1950. An weiteren Einzelheiten dieses Planes erwähnte Sin: 1950 sollen rd. 8 Milliarden kWh Elektro-Energie geliefert werden. Die Braunkohlenindustrie soll 37,5 Mill. t Braunkohleerzeugnisse produzieren. Von der chemischen Industrie wird die Erzeugung von 100 000 t Stickstoff und einer gegenüber 1949 fast verdoppelten Menge Phosphor gefordert. Die Traktorenwerke sollen das Maschinenarsenal und volkseigenen Gütern 3400

Ein „wirtschaftlicher Zweckkollektivismus“ für 1950 ist nicht angebracht, erklärte der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Braunschweig, Dr. Siebold. Eine Steuerreform sei nach Ansicht des Präsidenten die vorrangigste Aufgabe des Bundes. Durch die Liberalisierung des Außenhandels seien sich auf dem inländischen Konkurrenzverhältnissen, die man nicht übersehen dürfe. Zur Erleichterung des westdeutschen Exports sei versucht worden, das Patentrecht in deutsche Hände zu bekommen. — Der niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Fricke, nannte auf der Tagung die zunehmende Übersetzung des Einzelhandels des Hauptteils dieser Berufsgruppen. In Niedersachsen sei am 30. Dezember 1949 abgelaufen, eine 100%ige Ausweitung der Neuanmeldungen zu verhindern, wie sie infolge der willkürlichen Gewerbetreibenden der amerikanischen Zone zu verhindern sei. Während der Tagung wurde aus Handelskreisen auf die sehr unzufriedene Tatsache hingewiesen, daß nach vorläufigen Schätzungen im Bezirk Hannover in jeder Nacht für etwa 20 000 DM Waren Übermaß aus der Sowjetzone nach Westdeutschland gebracht würden.

Im Kreis Sloggen haben sich in zunehmender Zahl Handwerker angesiedelt, die in der amerikanischen Zone in die Handwerksbetriebe einströmen sind, aber nach den Bestimmungen der britischen Zone nicht zugelassen werden dürfen. teilt die Handwerkskammer Arnberg in ihrem Jahresbericht mit. Die Beschäftigung dieser Handwerker wird von der einheimischen Handwerkskammer als „Schwarzarbeit“ empfunden. In dem Bericht wird weiter festgestellt, daß die Handwerker weitgehend Kreditgeber für die Verbraucher sind. Bei 120 Betrieben in Sloggen wurden über 1 Mill. DM Außenstände festgesetzt.

Die Regierung der Sowjetunion hat am 12. Januar den Zweijahresplan für 1950 bis 1951 wirtschaftlich plan für 1950, den 2. Jahr des Zweijahresplanes, veröffentlicht. Am Tage vorher gab der Minister für Planung der Sowjetunion, Nikolai Sin, einen Bericht über diesen Plan. Die Ergebnisse des ersten Planjahres 1949 betrauen, so führte Sin aus, daß die für 1950 gestellten hohen Ziele durchaus real seien. Die Industrieproduktion solle nach dem Plan Ende 1950 im Verhältnis zu 1938 100% betragen, während die Erzeugung der Landwirtschaft, auch der Schweine- und Viehbestand, den durchschnittlichen Stand des Jahres 1934 bis 1938 erreichen werden. Gegenüber dem Jahre 1949 sei eine durchschnittliche Erhöhung der Produktion um 11% vorgesehen. Auf dieser Grundlage werde die weitere Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung möglich sein: der Warenmangel des Einzelhandels werde gegenüber 1949 wertmäßig um 14% steigen, was angesichts der fallenden Preise eine mengenmäßig noch größere Steigerung bedeute. Die Gesamtlöhne werde um 10% steigen. Mit der Erfüllung des Zweijahresplanes werde 1950 die Wiederaufbauperiode im weltlichen abgeschlossen sein. Auf der weltlichen Basis könne der Neuaufbau erfolgreich fortgesetzt werden. Besonders Ausführungen widmete Sin der Hebung der Arbeitsproduktivität, der Ausdehnung von Facharbeiterkräften, der Verbesserung der Qualität der Produktion und der Förderung von Wissenschaft und Technik. Die Reparationslieferungen an die Sowjetunion wurden 1950 nur noch 4,4% der Bruttoproduktion betragen. Die Partei für 1950 sei die Erfüllung des Zweijahresplanes bis zu dem Parteitag im Juli 1950. An weiteren Einzelheiten dieses Planes erwähnte Sin: 1950 sollen rd. 8 Milliarden kWh Elektro-Energie geliefert werden. Die Braunkohlenindustrie soll 37,5 Mill. t Braunkohleerzeugnisse produzieren. Von der chemischen Industrie wird die Erzeugung von 100 000 t Stickstoff und einer gegenüber 1949 fast verdoppelten Menge Phosphor gefordert. Die Traktorenwerke sollen das Maschinenarsenal und volkseigenen Gütern 3400

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Das Bankhaus Hardy & Co. G.m.b.H. Berlin, ist auf Grund der 33. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagertes Geldinstitut mit Sitz in Frankfurt am Main anerkannt worden.

## Ostzone

Die Regierung der Sowjetunion hat am 12. Januar den Zweijahresplan für 1950 bis 1951 wirtschaftlich plan für 1950, den 2. Jahr des Zweijahresplanes, veröffentlicht. Am Tage vorher gab der Minister für Planung der Sowjetunion, Nikolai Sin, einen Bericht über diesen Plan. Die Ergebnisse des ersten Planjahres 1949 betrauen, so führte Sin aus, daß die für 1950 gestellten hohen Ziele durchaus real seien. Die Industrieproduktion solle nach dem Plan Ende 1950 im Verhältnis zu 1938 100% betragen, während die Erzeugung der Landwirtschaft, auch der Schweine- und Viehbestand, den durchschnittlichen Stand des Jahres 1934 bis 1938 erreichen werden. Gegenüber dem Jahre 1949 sei eine durchschnittliche Erhöhung der Produktion um 11% vorgesehen. Auf dieser Grundlage werde die weitere Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung möglich sein: der Warenmangel des Einzelhandels werde gegenüber 1949 wertmäßig um 14% steigen, was angesichts der fallenden Preise eine mengenmäßig noch größere Steigerung bedeute. Die Gesamtlöhne werde um 10% steigen. Mit der Erfüllung des Zweijahresplanes werde 1950 die Wiederaufbauperiode im weltlichen abgeschlossen sein. Auf der weltlichen Basis könne der Neuaufbau erfolgreich fortgesetzt werden. Besonders Ausführungen widmete Sin der Hebung der Arbeitsproduktivität, der Ausdehnung von Facharbeiterkräften, der Verbesserung der Qualität der Produktion und der Förderung von Wissenschaft und Technik. Die Reparationslieferungen an die Sowjetunion wurden 1950 nur noch 4,4% der Bruttoproduktion betragen. Die Partei für 1950 sei die Erfüllung des Zweijahresplanes bis zu dem Parteitag im Juli 1950. An weiteren Einzelheiten dieses Planes erwähnte Sin: 1950 sollen rd. 8 Milliarden kWh Elektro-Energie geliefert werden. Die Braunkohlenindustrie soll 37,5 Mill. t Braunkohleerzeugnisse produzieren. Von der chemischen Industrie wird die Erzeugung von 100 000 t Stickstoff und einer gegenüber 1949 fast verdoppelten Menge Phosphor gefordert. Die Traktorenwerke sollen das Maschinenarsenal und volkseigenen Gütern 3400

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Das Bankhaus Hardy & Co. G.m.b.H. Berlin, ist auf Grund der 33. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagertes Geldinstitut mit Sitz in Frankfurt am Main anerkannt worden.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Das Bankhaus Hardy & Co. G.m.b.H. Berlin, ist auf Grund der 33. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagertes Geldinstitut mit Sitz in Frankfurt am Main anerkannt worden.

## Verstärkter Zwang zum Export

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.

Die Maßnahmen der Selbsthilfe im Wohnungsbau sollen 1950 in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Nach Angaben der Landesregierung können durch Selbsthilfe 30% und mehr der Baukosten von Bauwillingen selbst erbracht und als Eigenkapital einbezahlt werden. Es wird betont, daß dieser Selbsthilfe keine Konkurrenz der Bauwirtschaft darstellt. Sondern die Landesregierung fördert die Mittel der Landesregierung werden in die Bauwirtschaft fließen. Während der Selbsthilfe erhalten Arbeitslose ihre Unternehmungen weiter.



# Vollbeschäftigung in Österreich

Arbeitsproduktivität von 66 auf 84 Prozent gestiegen — Produktionsindex liegt 25 Prozent über Vorkriegsstand — Export soll 1952 auf das Doppelte des Standes von 1949 gebracht werden — Handelsverkehr mit Südosten kommt in Gang

Die österreichische Wirtschaft stand im abgelaufenen Jahr im Zeichen der fortschreitenden Konsolidierung und der Rückkehr zur freien Marktwirtschaft. Die erstaunliche Erholung der österreichischen Wirtschaft, das „österreichische Wunder“, ist vor allem der sehr reichlich fließenden Marshallplanhilfe zu verdanken, die es dem vom Krieg und dem furchtbaren Hunger in der Nachkriegszeit schwer heimgekommenen Land ermöglichte, wieder eine wirtschaftliche Basis zu finden und vor allem die Lebensverhältnisse der Bevölkerung auf ein strägliches Maß zu bringen. Von 328 Mill. ÖS-Pfennig (April 48) wurden nicht weniger als 310 Mill. ÖS-Pfennig für den Marshallplan erhalten. Die ersten Artikel und nur 85,8 Mill. Dollar für Rohstoffe (Brennstoffe, Rohmaterialien, Halbfabrikate) und nur nur 25,4 Mill. Dollar für Maschinen und industrielle Einrichtungen verwendet. Das soll in den nächsten zwei ÖS-Jahren — den letzten — anders werden und

der größte Teil der ÖS-Pfennig wird für Investitionen und zur Steigerung der Ausfuhr verwendet werden. Auch der deutsche ERP-Hilfe erhält Österreich noch beträchtliche Freiheiten aus den Schillingverträgen des ERP-Sonderkredits. Bisher sind von diesem Konto 1,44 Milliarden Schilling für Wiederaufbauzwecke freigegeben worden.

Nur mit dieser mächtigen Hilfe konnten die beachtlichen Wirtschaftserfolge in den letzten 2 Jahren erzielt werden. Österreich ist in der glücklichen Lage, nahezu Vollbeschäftigung zu haben. Die Arbeitslosenquote lag im Sommer bei fast 2 Millionen Verdienstpflichtigen unter 1 v. H. Nur bei den kaufmännischen Angestellten ist von einer geringen Arbeitslosigkeit zu sprechen — alle anderen Berufe sind vollbeschäftigt. In den Landarbeitern, vielerlei Facharbeitern und hochqualifizierten Arbeitskräften besteht ein Mangel. Die Arbeitsproduktivität ist im Jahre 1949

von 66 auf 84 v. H. gestiegen (1937 = 100). Der Produktionsindex der Gesamtindustrie liegt von 25 v. H. über den Index von 1937 und um 40 v. H. über den Index von 1947. Die wichtigsten Industriezweige haben den Umfang der Vorkriegsproduktion weit übertraffen, wenn außer der ERP-Hilfe auch die im Jahre 1949 in Westeuropäischen Industriereserven für Teil betrauen. Die chemische Industrie erzeugt etwa 80% der Maschinenbau 50%, die metallverarbeitende Industrie 40% und der Bergbau etwa 21% mehr als im Jahr 1937. Nur die Konsumgüterindustrie liegt noch um 12% (1948 50%) unter der Produktionsmenge von 1937. Die großen Bau- und Modernisierungsarbeiten in vielen Industriezweigen (insbesondere in der Rüst- und Schwerindustrie) lassen für die nächste Zeit noch weitere Produktionssteigerungen erwarten.

In den kommenden Monaten und Jahren bis zum Auslaufen der Marshall-

planhilfe heißt es für Österreich, vor allem die Wirtschaft auf den modernen Stand, die Arbeitsproduktivität auf die größtmögliche Höhe und den Export auf etwa das Doppelte des derzeitigen Standes bringen. Die Krisis- und Nachkriegsschäden in Höhe von etwa 12-15 Milliarden Schilling müssen wettgemacht, viele verfallene Industrieanlagen, die im Krieg rüstungswirtschaftlich und seither nicht erneuert wurden, durch moderne Anlagen ersetzt werden. Der Investitionsbedarf vorordentlich Art wird auf 8 Milliarden Schilling geschätzt und kann nur mit ÖS-Pfennig realisiert werden. Investitionen, Realisationsleistungen, Modernisierungen, das sind die Forderungen für die österreichische Industrie und Wirtschaft.

Österreich muß, um leben zu können, 40% seiner Produktion exportieren — zur Zeit ist es so, daß wenn man die Gratzlieferungen des ERP berechnen will, die Hälfte der Exporte deckt. Der Außenhandel hat sich auch 1949 entwickelt. Es wurden in den ersten 10 Monaten 1949 für rund 4 Mrd. 2 Waren eingeführt, denen eine Ausfuhr in Höhe von 2,97 Mrd. 5 gegenüberstand. Die Entwicklung der Ausfuhr zeigt einige Vergleichszahlen: 10 Monate 1949: 2,97 Mrd. 5, 1948: 1,48 Mrd. 5, 1947: 842 Mill. 5, 1946: 1,48 Mrd. 5, 1945: 1,48 Mill. 5. Was an ERP-Geldern, sonstigen Investitionsmitteln und Kredit ansetzbar werden kann, soll in Zukunft vornehmlich dazu dienen, die Exportindustrie zu fördern, die industrielle Produktion zu vergrößern

und dadurch den Export zu steigern. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch der Fremdenverkehr, der mit allen Mitteln — nicht zuletzt durch den für Ausländer sehr günstigen Verrechnungskurs der Schilling — gefördert wird.

Der Tourismusverkehr deckte schon vor 1938 den Zahlungsbilanzdefizit Österreichs und soll es auch in Zukunft wieder besorgen.

Österreich wird auch verstärkte Anstrengungen machen, um sich auf den Weltmärkten durchzusetzen. Zahlreiche Handelsverträge wurden 1949 abgeschlossen. Der Handelsverkehr mit dem Südosten ist wieder auf in Fluß gekommen. Im ersten Halbjahr 1949 wurden dort für 280 Mill. 5 (1. Halbjahr 1948 111 Mill. 5) Waren geliefert und für 303,4 Mill. 5 (2. Halbjahr 1948 111 Mill. 5) Waren von dort bezogen. Auch die Überseegebiete sucht man wieder zu gewinnen. Vor allem glaubt man aber im deutschen Wirtschaftsgebiet noch eine unaufgeschlossene Reserve zu haben, denn der traditionell sehr umfangreiche Deutschlandhandel ist bisher immer noch nicht richtig in Schwung gekommen, wenn im weiteren Sinne auch der Fremdenverkehr aus Deutschland nach Österreich geht. Die Wirtschaft in Österreich 1949 durch das 2. Lohn-Preis-Abkommen sowie durch die Neubestattung der Schillingkurse zweimal heftig erschüttert worden. Während das Lohn-Preis-Abkommen relativ gut verstanden worden ist, sind die Folgen der Schillingabwertung für die Verunsicherung bei gewissen Rohstoffen, vor allem den Kohlen, eingetreten, die voraussichtlich im neuen Jahr noch gewisse Reaktionen auslösen werden. Die stürzenden Preissteigerungen, seit September 1949 (Preisabwertung) haben zu Lohnforderungen geführt, die vorerst mit

Überbrückungshilfen beruhigt werden können, doch bleibt es zweifelhaft, ob — falls die Preise nicht merklich sinken sollten — die Preis-Lohn-Spirale nicht doch wieder in Bewegung gerät. Daß die Restierung hier alles unternehmen wird, um eine dauernde Konsolidierung der Verhältnisse herbeizuführen, ist zu erwarten. Das neue Wiederaufbau- und Wirtschaftsprogramm Österreichs hängt davon ab!

**Japanischer Stahl für Australien**

Die Wirtschaft Westaustraliens leidet seit geraumer Zeit an einem beträchtlichen Stahlmangel. Eine westaustralische Regierungskommission befindet sich gegenwärtig in Japan, um japanische Stahllieferungen in die Wege zu leiten. Nach einem Neubericht sind bereits 2000 t japanischer Stahl im Hafen von Perth eingetroffen.

**Indische Stahlpläne für 1950**

Wie aus London berichtet wird, hat die indische Regierung für 1950 einen Plan aufgestellt, wonach die Stahlerzeugung 1 Mill. t erreichen soll. Für das ehemalige British-Indien wird die Stahlerzeugung für 1949 mit 1,3 Mill. t und für 1947 mit 1,28 Mill. t angegeben.

**Ausbau der norwegischen Aluminiumproduktion**

Nach einem Bericht der „Aften“ will die A/S Alund Verk, welche die von Deutschland während der Besetzung Norwegens errichteten Aluminiumwerke betreibt, ein großes Aufbauprogramm durchführen. Die Werke liegen in Arendalungen am Sognafjord. Bis Ende 1950 soll die Kapazität auf rund 25 000 t im Jahr gesteigert werden.

## Frankreichs Stahlerzeugung um 25% gestiegen

1949 um fast 50% höher als 1938 — Frankreich an 4. Stelle der stahlproduzierenden Länder — Stahlexport hat Vorkriegsstand erreicht — Konkurrenz der USA

Die französische Stahlerzeugung im Dezember 1949 belief sich nach vorläufigen Schätzungen nur auf etwa 840 000 t gegenüber 720 000 t im November und 800 000 t im Oktober. Es ist die niedrigste Monatsproduktion seit dem November 1947. Lediglich die vorläufige Dezemberzahl begründet, dass die Stahlerzeugung Frankreichs im Jahr 1949: 9 070 000 t gegenüber 7 240 000 t im Jahr 1948, 8 252 000 t im Jahr 1947 und 6 213 000 t im Jahr 1938. Die Zunahme von 1948 auf 1949 beträgt rund 35%. Die Stahlerzeugung im Saarland belief sich im Jahr 1949 auf 1 790 000 t gegen 1 200 000 Tonn im Jahr 1948, was für Frankreich und das Saarland zusammen 10 860 000 t Rohstahl gegen 9 457 000 t im Jahr 1948 ergibt.

Mit diesem Ergebnis steht Frankreich einschließlich der Saar an 4. Stelle der stahlproduzierenden Länder der Welt, hinter den Vereinigten Staaten mit rund 70 Mill. t im vergangenen Jahr, der Sowjetunion mit schätzungsweise 20 Mill. t und Großbritannien mit ungefähr 15,78 Mill. t.

Die Ausfuhr von Stahl- und Eisenzeugnissen ist im Laufe des 2. Halbjahres 1949 erheblich gestiegen und hat, was den Stahlexport anbelangt, das Vorkriegsniveau wieder erreicht, während die Eisenausfuhr durch starke ausländische Konkurrenz abgenommen wird. Die gesamte Stahl- und Eisenausfuhr belief sich im Jahr 1949 auf rund 1,3 Mill. t gegen 600 000 t im Jahr 1948. Nach dem französischen Überseegebiet ist die Ausfuhr von 20 000 t im Januar 1949 auf durchschnittlich 40 bis 45 000 t in den letzten Monaten des Jahres 1949 gestiegen, die Ausfuhr nach dem Ausland von 20 000 t im Januar auf durchschnittlich 300 000 t monatlich im letzten Vierteljahr 1949.

Das der französischen Schwerindustrie nahestehende Wirtschafts- und Finanzblatt „L'Information“ nimmt zur Frage der Wettbewerbsfähigkeit der

französischen Stahlindustrie an den internationalen Märkten wie folgt Stellung.

„Der Beschluß der großen amerikanischen Stahlwerke, die inländischen amerikanischen Stahlpreise zu erhöhen und gleichzeitig die Exportpreise zu senken, läßt erkennen, wie schwer die Konkurrenz aus den internationalen Märkten geworden ist. Damit wird auch das Interesse und die Dringlichkeit an dem Modernisierungs- und Ausbauprogramm evident, das die französische Schwerindustrie mit dem Ziel der Senkung der Gestehungspreise durch Einsparung von Kraftenergiekosten und durch Anpassung ihrer Einrichtungen an die modernsten technischen Fertigungsmethoden unternommen hat, um in Bezug auf Preis und Qualität Absteigerungen zu vermeiden.“

In dem Kreis der französischen Schwerindustrie legt man Wert darauf zu betonen, daß die Warnung des Stahlkomitees der Wirtschaftskommission der UN keineswegs das Modernisierungsprogramm der französischen Schwerindustrie betreffen könne, sondern wohl nur die Länder, die sich auf überholte Erweiterungsprogramme oder Bestrebungen aufzulesen Charakter eingestellt hätten. Eine solche Kritik könnte sich nicht auf Frankreich beziehen, dessen Produktion im Jahr 1949 noch weit entfernt von dem besten Vorkriegsstand gewesen sei, und das traditionell seine besten Leistungen Teil seiner Produktion ausführe.

Außerdem habe das in Ausführung befindliche Programm eine enge wirtschaftliche europäische Zusammenarbeit mit den Abnehmerländern der französischen Schwerindustrie zum Ziel. Das für 1950/51 in Aussicht genommene Produktionsniveau von 14,3 Mill. t Rohstahl übersteigt den voraussichtlichen Bedarf Frankreichs für französische Überseegebiete und der hauptsächlich traditionellen Abnehmerländer Frankreichs

gerecht werden, wenn man annehme, daß man sowohl in Frankreich selbst als auch in diesen Ländern an eine Erholung des Lebensstandes gegenüber dem Vorkriegsstand denkt und eine gewisse Reserve für darüber hinausgehende Anforderungen vorzuziehen. Die Werführer der französischen Schwerindustrie sind der Ansicht, daß die Resultate des abgelaufenen Jahres das neue Ausrüstungs- und Modernisierungsprogramm vollständig rechtfertigen, und daß auch der internationale Stahl- und Eisenmarkt Ansetzungen zu stellen hat, die Frankreich ohne Verzicht auf die Erhaltung seiner industriellen Apparate nicht befriedigen könne.“

**Lothringische Wirtschaftsnotizen**

Von unserem Dr. Sch.-Korrespondenten

**Neue Fernstraßen . . .**

Die lothringische Industrie und der Bergbau hat mit Hilfe des Ministeriums der Marshallpläne einen detaillierten Aufschreibung genommene und durch Modernisierung ihrer Anlagen ihre Kapazität derart ausgebaut, daß Lothringen in zwei bis drei Jahren nach Auffassung der Metz-Industrie- und Hadelkammer ein Investitionskapital von etwa 300 Mrd. frz besitzen wird. Darum hat man die Absicht, das Lothringische Verkehrsnetz durch den Bau neuer Fernstraßen zu erweitern. Es soll die Nationalstraße von Metz über St. Avold und Forbach nach Saarbrücken betriebsfähig verbessert werden. Eine neue Fernstraße wird durch das Zentrum des Kohlenbeckens von Longvilly-Saint-Avold nach Stiering-Wendel gelegt werden. Schließlich hat man die Absicht, die Verkehrsverbindung zwischen Metz und Thionville durch Verbesserung der bisherigen Fernstraße und durch den Ausbau der am rechten Moselufer geführten Departementalstraße über St. Julien zur Hauptverkehrsstraße zu verbessern.

**. . . und Elektrizität**

Die Modernisierung der lothringischen Kohlengruben und Eisenhütten hat den Ausbau der Stromerzeugung notwendig gemacht. In einigen Monaten wird die große Elektrozentrale von Carling, die nach einem neuen Kohlenstaubverfahren elektrische Energie erzeugt, eröffnet werden. Daneben wird eine zweite Elektro-Großzentrale in Großbillertdorf mit einem Aufwand von 6 Mrd. frz errichtet werden. Die beiden Werke sollen nach Auffassung des Bürgermeisters von Metz, Mondon, und des Direktors der französischen Elektrizitätswerke in Paris, P. Tour, die in Lothringen noch notwendigen Stromerzeugungskapazitäten überflüssig machen. Nach der Meinung der beiden Herren ist das lothringische Industriegebiet bis zur Vollendung dieser Werke der industriellen Leistung des Saarlandes unterlegen, in dem man keine Stromabgabenungen kenne. Die ausländischen Elektrowerke liefern zwar beträchtliche Strommengen nach Lothringen, doch sei deren Leistungsgrenze durch die lothringischen Transformatorien begrenzt, bis die vorgesehenen neuen Aggregate eingebaut seien.

**Aktion**

Der Aufsichtsrat der Société Générale de Construction Electrique et Mecanique „Alstom“ machte Gebrauch von den Vollmachten einer außerordentlichen Generalversammlung und beschloß, das Aktienkapital von 1,1 auf 1,8 Mrd. frz zu erhöhen. Zu diesem Zweck wurde eine Summe von 741 Mill. frz aus der Spezialreserve bereitgestellt und eine Erhöhung des Nominalwertes der Aktien von 900 auf 1200 frz durchgeführt, sowie eine Gratzlieferung einer neuen Aktie von 1000 frz an Stelle von zwei alten Aktien beschlossen. Das Aktienkapital beträgt nunmehr 1,8 Mrd. frz, bestehend aus 1,8 Mill. Aktien zu 1000 frz Nominalwert.

**Kaligruben Salste-Théris**

Unter der Voraussetzung einer nachträglichen Genehmigung durch eine am 18. Januar stattfindende Generalversammlung, hat der Aufsichtsrat der Kal-Gesellschaft Salste-Théris beschlossen, das Aktienkapital von 840 auf 1280 Mill. frz zu erhöhen und zwar durch Heranziehung der Reserven und Erhöhung des Nominalwertes der Aktien von 800 auf 1000 frz mit Wirkung vom 1. Januar 1950.

## Ibn Saud verlangt Sovereigns

„Gold ist Gold“ sagt der König, und die Südafrikanische Union will neue Sovereigns prägen, mit denen die Aramco die Schürfrechte besitzt

Eine Situation, die einer gewissen Komik nicht entbehrt, hat sich dadurch entwickelt, daß die Arabisch-Amerikanische Oil Company (Aramco) nach den Abmachungen mit Saudi-Arabien verpflichtet ist, König Ibn Saud die Schürfrechte für die von ihr auszubehutenden Erdölvorkommen in baren Gold zu stellen, und zwar in Sovereigns zu bezahlen. Es handelt sich dabei um die Kleinigkeit von 12 Mill. Pfund Sterling. Da König Ibn Saud in keiner Weise bereit ist, eine Zahlung in anderer Form anzunehmen, hat sich die Oilgesellschaft mit der Südafrikanischen Union in Verbindung gesetzt, um in Erfahrung zu bringen, ob sie bereit ist, die benötigten Sovereigns für ihre Rechnung auszugeben. Sollten die Verhandlungen positiv verlaufen, dann wird die südafrikanische Münze in Pretoria in Kürze mit der Prägung begonnen.

In Kreisen des Londoner Erdölmetallhandels verläuft hierzu, daß der in vorstehendem zitierte Bericht aus Johannesburg im Grunde richtig ist, obwohl vor einigen Wochen ähnliche Gerüchte in sehr vorsichtig gewählten Worten dementiert worden sind. Man glaubt, daß unterirdische Kräfte zu wissen, daß die Verhandlungen zwischen der Südafrikanischen Union und der Aramco vor dem Abschluß stehen. Die Angelegenheit habe sich nur dadurch verzögert, daß Einzelheiten über dieses „eigenartige“ Geschäft zu frühzeitig in die Öffentlichkeit gedrungen seien. Man ist in London der Ansicht, daß der Kontrakt mit König Ibn Saud zwei Möglichkeiten der Zahlung der Schürfrechte enthält und zwar in Dollar mit einem entsprechenden Aufschlag oder eben in den effektiven Sovereigns, wenn diese verfügbar sind. Allerdings liegt die Entscheidung hierüber bei König Ibn Saud, der sich die Option für die eine oder für die andere Zahlungsmethode vorbehalten hat.

Die britische Regierung hat versucht, die Aramco dazu zu bewegen, daß drei Viertel der Schürfrechte in Pfund Sterling bezahlt werden, da das arabische Öl dadurch auch für die Versorgung des Sterling-Gebietes erreichbar werden würde. Man sei jedoch zu der Ansicht gekommen, daß die Zahlung in Gold-Sovereigns für alle Teile, besonders für die Prägung durchzuführen, werden könne, die beste Lösung wäre.

Aus Johannesburg erfährt man, daß die Aramco jetzt mit dem Internationalen Währungs-fonds verhandelt, der sie schließlich auch ein Wort in dieser Angelegenheit mitreden hat. Es heißt, daß die Zahlung der erwähnten 12 Millionen Gold-Sovereigns in aller Kürze erfolgen müsse, und man bemühe sich daher, die der Prägung noch entstehenden Hemmnisse in Eile aus dem Wege zu räumen. Offenbar regt sich auch der Internationale Währungs-fonds zu der Ansicht, daß ein Gold-Sovereign zwar für den Umlauf in der Südafrikanischen Union, wohl aber für ein anderes Land geeignet werden dürfte. Die Entscheidung liegt jetzt in erster Linie beim Internationalen Währungs-fonds. Sollte dieser zustimmen, so würde, wie in gewissen Kreisen behauptet wird, die Aramco eine Prämie von 1 Dollar je Feinunze über den amtlichen Goldpreis von 35 Dollar je Feinunze zahlen müssen. Außerdem sei auch die Erhaltung des britischen Schillinges erforderlich, da es sich ja um britische Sovereigns mit dem Bild des britischen Königs handle. Auch das ist eine der Bedingungen von König Ibn Saud.

In anderen Kreisen will man jedoch wissen, daß die Zustimmung des britischen Schatzamtes letzten Endes eine rein formale Frage ist, denn die Südafrikanische Union ist ein autonomes Land und in ihren Entscheidungen

nicht von London abhängig. Im Übrigen könnte auch die Südafrikanische Union Sovereigns mit dem Bild des britischen Königs prägen, der ja auch ihr Landesherr ist.

In London glaubt man nicht, daß die Preisfrage mit der Zahlung einer Prämie von 1 Dollar in Umlauf abgehen werde könnte. Die Südafrikanische Union verkaufte Goldbleche (für industrielle und künstlerische Zwecke) zu fast 3 Dollar-Prämie je Feinunze, und es wäre daher kaum lobend, sich in dieser Angelegenheit für nur 1 Dollar Aufpreis zu bemühen. Wahrscheinlich soll es ein Dollar-Aufpreis je Sovereign heißen, das sind etwa 4% Dollar je Unze.

**Bewässerungspläne für die vorderarabischen Staaten**

Über Mittel und Wege, die Wüstenstriche in den vorderarabischen Staaten (Transjordanien, Palästina, Libanon und Syrien in fruchtbares Ackerland zu verwandeln, hat der Studienausschuß der Vereinten Nationen für diese Frage jetzt seinen Abschlußbericht vorgelegt. In Würdigung der Tatsache, daß weitläufige Projekte, wie sie zweifellos notwendig wären, um eine grundlegende Strukturänderung der Bodenschicht zu bewirken, auf ganz lange Sicht gesehen eine Beeinträchtigung der klimatischen Bedingungen herbeiführen, z. B. wieder finanziell noch technisch ausfühbar scheinen, hat sich der Ausschuss dafür ausgesprochen, lediglich für jede dieser Länder ein Musterprojekt auszuarbeiten, das auf verhältnismäßig kleinen Raum und mit vielleicht — wenn auch zweifellos nicht — aus privaten Quellen fließenden —, beschränkten Mitteln zunächst Versuchsanlagen schafft. Sollten diese einschlagen und den bisher etwas skeptisch gebliebenen Beobachtern beweisen, daß so etwas möglich

ist, dann so sagt man sich, werden sich die Leute schon von selbst finden, die bereit sind, das Geld für Bewässerungspläne in großem Maßstab herzugeben.

Für Transjordanien und den arabischen Teil Palästinas werden als Versuchsanlage Dammbauten im Wadi Zerqa und im Wadi Quft vorgeschlagen, durch die man die sonst während des größten Teils des Jahres trockenliegenden Flußbetten absperrt und zu Wasser-Reservoirs umgestalten will. Ob es damit tatsächlich gelingen wird, Wasserreservoirs für die ganze Zeit der Trockenperiode zu gewinnen, sei dahingestellt.

Das einzige, was bei der Planung für diese Projekte keine Sorgen zu bereiten braucht, ist die Frage der Arbeitskräfte. Sie stehen als Flüchtlinge in dem bis vor kurzem im Bürgerkrieg befindlichen Land Palästina in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Für Libanon und Syrien wird als Versuchsanlage ein Flußregulierungsplan vorgelegt. Im Libanon handelt es sich um die Kanalisierung des Litani-Flusses und um den Bau von Staustufen nebst Kraftwerken, aus denen man 700 Mill. kWh im Jahr herausbringt. Damit würde zugleich der Kleinstirrigation zwischen den Städten Thyra und Sidon verbessert werden können. In Syrien handelt es sich um das Ghazal-Tal, dessen Irrigation in ganz keinem Maßstab eine Neuschaffung des Tennessee-Projektes auf vorderarabischem Boden darstellen würde.

Man darf gespannt sein, ob die Anregungen dieser der Vereinten Nationen in den betreffenden arabischen Staaten auf fruchtbaren Boden fallen werden, das umso mehr als in dem benachbarten israelischen Palästina eine ungewöhnlich lebhaft Privatinitiative in der Entfaltung begriffen ist.

**Redaktion, Verlagsstelle und Mitarbeiter**  
 Dr. Schwarz & Co.  
 Albertstr. 2, Karlsruhe  
 Tel. 911, (13) Baden-Chirurgie-Obj.

**In- und Auslands-Adressen**  
 Dr. Schwarz & Co.  
 Adressenverzeichnis

**Werkstatt**  
 Nr. 10, Postfach 100, Karlsruhe  
 Anstellung unter Nr. 100 in Karlsruhe  
 Nr. 10, Postfach 100, Karlsruhe  
 Nr. 10, Postfach 100, Karlsruhe

**ACHTUNG!**  
 Anzeigen-Annahme der Wirtschaftsrevue, Karlsruhe  
 Valldenstr. 25 • Telefon 9384

Bitte hier ausschneiden!

**Abonnements-Bestellung**

An die

**WIRTSCHAFTSREVUE**

Karlsruher Wirtschaftsrevue GmbH.  
 KARLSRUHE IN BADEN  
 Valldenstr. 25

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres — Exemplare der

**WIRTSCHAFTSREVUE**

durch die Post / unter Streifenband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 1.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma \_\_\_\_\_

Beruf/Wirtschaft \_\_\_\_\_

Ort und Straße \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ (Bitte nicht unterschreiben!)

**Süddeutscher Spinnweb-Verband G.m.b.H.**

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien  
 Webereien  
 Bleichereien  
 Färbereien  
 Druckerei



Welt-Warenmärkte

Sehr fest: Zucker, Kakao, Baumwolle; sehr schwach: Weizen

Im übrigen die gleiche uneinheitliche Tendenz, insbesondere bei Kaffee — Fester waren: Wolle, Tee, Häute und Felle; schwächer: Getreide, Kautschuk — US-Stahlwerke verlängern Lieferfristen

Die Erörterungen in den internationalen Wirtschaftskongressen... Die Preisgestaltung an den internationalen Rohstoffmärkten...

Im Laufe des Jahres 1949 sind... Die Preisgestaltung an den internationalen Rohstoffmärkten...

Die Erörterungen in den internationalen Wirtschaftskongressen... Die Preisgestaltung an den internationalen Rohstoffmärkten...

Die Erörterungen in den internationalen Wirtschaftskongressen... Die Preisgestaltung an den internationalen Rohstoffmärkten...

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Weizen, Mais, Sojabohnen) and Price (e.g., 1.1.50, 14.1.50). Includes sub-sections for 'Getreide-Notierungen' and 'Wollpreise'.

Die und Felle... Der Markt für edlere Öle und Felle... Die Baumwollnotierungen in New York...

Die und Felle... Der Markt für edlere Öle und Felle... Die Baumwollnotierungen in New York...

Deutsche Gesellschaften

Aufsichtsratsveränderungen... Nachdem die Aktien der Hütten- und Stahlwerke AG...

Aufsichtsratsveränderungen... Nachdem die Aktien der Hütten- und Stahlwerke AG...

Aufsichtsratsveränderungen... Nachdem die Aktien der Hütten- und Stahlwerke AG...

Aufsichtsratsveränderungen... Nachdem die Aktien der Hütten- und Stahlwerke AG...

Metalpreise

Table with 3 columns: Commodity (e.g., Kupfer, Zinn, Aluminium), Unit (e.g., je 100 kg), and Price (e.g., 182, 174, 173,50).

Auslandsbörsen

Trotz der nach außen hin so sehr gezeigten Optimismus von Wirtschaft und Regierung...

Wolle

Die Wollnotierungen in London... Die Wollnotierungen in London...

Eisen und Stahl

Der amerikanische Markt für Eisen und Stahl... Der amerikanische Markt für Eisen und Stahl...

Kautschuk

Die Kautschuknotierungen in New York... Die Kautschuknotierungen in New York...

Kakao

Die Kakao-Notierungen in New York... Die Kakao-Notierungen in New York...

Zucker

Die Zucker-Notierungen in New York... Die Zucker-Notierungen in New York...

Getreide

Die Getreide-Notierungen in Chicago... Die Getreide-Notierungen in Chicago...

Advertisement for 'INTERNATIONALE HANDELSMESSE VON KANADA' with a globe logo and text in German.

Advertisement for 'INTERNATIONALE HANDELSMESSE VON KANADA' with a globe logo and text in German.

Advertisement for 'INTERNATIONALE HANDELSMESSE VON KANADA' with a globe logo and text in German.

Advertisement for 'INTERNATIONALE HANDELSMESSE VON KANADA' with a globe logo and text in German.

